

# Zwischenausschuss

Sitzung am Donnerstag, dem 16.10.2008, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	2	<b>Antrag</b> der Abg. Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD) <b>Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte</b> (Drs. 15/11384 Z)
Alterspräsident Prof. Dr. Walter Eykmann .....	2	
<b>Zur Geschäftsordnung</b>		<b>Antrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Finanzmarktstabilisierungsgesetz</b> (Drs. 15/11385 Z)
Beschlüsse .....	2	
<b>Wahl des Vorsitzenden</b>		<b>Antrag</b> der Abg. Georg Schmid, Franz Pschierer, Otto Zeitler u. a. u. Frakt. (CSU) <b>Finanzmarktstabilisierung</b> (Drs. 15/11386 Z)
Georg Schmid (CSU) .....	2	
Beschluss .....	2	Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein .....
		Staatsminister Erwin Huber .....
<b>Wahl der ersten Stellvertreterin</b>		Franz Maget (SPD) .....
Georg Schmid (CSU) .....	3	Georg Schmid (CSU) .....
Ingrid Heckner (CSU) .....	3	Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) .....
Beschluss .....	3	Staatsminister Erwin Huber .....
		Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) .....
		Dr. Thomas Beyer (SPD) .....
<b>Wahl der zweiten Stellvertreterin</b>		Beschluss zum SPD-Antrag 15/11384 Z .....
Franz Maget (SPD) .....	3	Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 15/11385 Z .....
Susann Biedefeld (SPD) .....	3	Beschluss zum CSU-Antrag 15/11386 Z .....
Beschluss .....	3	Schluss der Sitzung .....
<b>Information des Bayerischen Landtags über die Beteiligung des Freistaates Bayern am Rettungspaket für die Banken durch die Bundesregierung und mögliche Auswirkungen auf den Haushalt des Freistaates Bayern sowie Meinungsbildung des Landtags hierzu</b>		

hierzu:

(Beginn: 09.04 Uhr)

**Alterspräsident Prof. Dr. Walter Eykmann:** Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu der heute einberufenen Sitzung des Zwischenausschusses des Bayerischen Landtages darf ich Sie recht herzlich begrüßen. Besonders begrüßen möchte ich die Vertreter der neu in den Landtag gewählten Fraktionen der Freien Wähler und der FDP, die im Ehrengastbereich Platz genommen haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Teile davon!)

Der Landtag hat am 17. Juli 2008 gemäß Artikel 17 --

(Anhaltende Unruhe)

– Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, haben Sie im Wahlkampf nicht genug miteinander geredet? Eigentlich sollte hier etwas mehr Ruhe eintreten, Herr Kollege Beyer!

Am 17. Juli 2008 wurde gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung die Tagung – wie es in der Verfassung heißt – geschlossen. Daraufhin ist dieser Zwischenausschuss eingerichtet worden. Es ist also falsch, wenn jemand sagt, das Ende der letzten Sitzung des Bayerischen Landtags in der Legislaturperiode wäre das Ende der Legislaturperiode gewesen.

Zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung und zur Behandlung dringender Staatsangelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages ist gemäß Artikel 26 der Bayerischen Verfassung der heute einberufene Zwischenausschuss bestellt worden. Die kurzfristige Einberufung war im Hinblick auf die bereits morgen im Bundesrat anstehende Entscheidung über das Rettungspaket des Bundes für die Banken notwendig.

Dem parlamentarischen Brauch entsprechend leitet der Alterspräsident bis zur Wahl des Vorsitzenden die erste Sitzung zusammen mit den beiden jüngsten Mitgliedern des Zwischenausschusses. Ich darf Herrn Kollegen Meißner und Frau Kollegin Biedefeld bereits an diesem Platz herzlich begrüßen.

Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag entsprechend anzuwenden, allerdings mit der Maßgabe, dass die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter in einfacher Form vorgenommen wird. Besteht damit Ein-

verständnis? – Wie ich sehe, erhebt sich kein Widerspruch. Somit wird danach verfahren.

Ich schlage außerdem vor, dass wir, um nicht allzu viel Zeit zu verlieren, vom Verlesen der Namen der Mitglieder des Zwischenausschusses zur Feststellung der Beschlussfähigkeit absehen. Besteht auch damit Einverständnis? – Ich sehe wohlwollendes Nicken. Damit ist das so beschlossen; der Namensaufruf unterbleibt. Die Beschlussfähigkeit wird von allen Fraktionen als gegeben anerkannt.

Wie Sie wissen, tagt der Bayerische Landtag öffentlich, demzufolge auch der Zwischenausschuss. Hörfunk und Fernsehen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Somit kommen wir zur

### Wahl des Vorsitzenden

des Zwischenausschusses. Gemäß § 8 der Geschäftsordnung stellt die stärkste Fraktion den Vorsitzenden. Ich bitte deshalb den Vorsitzenden der CSU-Fraktion um den entsprechenden Vorschlag. Bitte schön, Herr Kollege Schmid.

**Georg Schmid (CSU):** Hochverehrter Herr Alterspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der CSU-Fraktion darf ich für dieses wichtige Amt unseren Kollegen Professor Dr. Walter Eykmann vorschlagen.

(Engelbert Kupka (CSU): Guter Vorschlag!)

**Alterspräsident Prof. Dr. Walter Eykmann:** Gibt es zu diesem Vorschlag Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Gar keine! – Helmut Brunner (CSU): Es traut sich keiner!)

Wir haben vorhin beschlossen, die Abstimmung in einfacher Form durchzuführen. Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Die Mehrheit hat sich dafür entschieden, dass ich die Sitzung des Zwischenausschusses als Vorsitzender weiterführen soll. Selbstverständlich nehme ich die Wahl an und bedanke mich recht herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):**  
Wir kommen zur

#### **Wahl der ersten Stellvertreterin**

Vorschlagsberechtigt ist wiederum die Fraktion der CSU. Das Wort hat erneut Herr Fraktionsvorsitzender Schmid. Bitte schön.

**Georg Schmid (CSU):** Herr Vorsitzender, für diese Aufgabe darf ich Kollegin Ingrid Heckner vorschlagen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Gibt es dazu irgendwelche Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Abstimmung ist wieder in einfacher Form durchzuführen. Wer für Frau Heckner als erste Stellvertreterin des Vorsitzenden stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Frau Heckner zur ersten Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stiftungsausschusses gewählt.

(Zurufe von der CSU, der SPD und von den GRÜNEN – Heiterkeit)

Kollege Spaenle hat verstanden, was in meinem Gehirn vorgegangen ist; denn ich habe die Vorstellung, weiter im Stiftungsausschuss zu bleiben, wenn ich nicht mehr im Parlament bin. Das war der Hintergrund, lieber Herr Spaenle, Sie haben das völlig richtig erkannt. Es war eine Freud'sche „Richtigleistung“! Frau Heckner, nehmen Sie die Wahl an?

**Ingrid Heckner (CSU):** Ich nehme die Wahl an und bedanke mich!

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Nachdem das der Fall ist, gratuliere ich Ihnen zu der Wahl und bitte Sie, neben mir Platz zu nehmen. Ich muss mich von Herrn Kollegen Meißner verabschieden.

Nun kommen wir zur

#### **Wahl der zweiten Stellvertreterin**

Vorschlagsberechtigt wäre die CSU-Fraktion. Sie hat ihr Vorschlagsrecht aber an die SPD abgetreten. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Maget.

(Franz Maget (SPD): Darf ich durch Zuruf Frau Kollegin Biedefeld vorschlagen?)

Ich bedanke mich dafür. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Abstimmung

ist ebenfalls in einfacher Form durchzuführen. Wer für Frau Biedefeld als zweite Stellvertreterin des Vorsitzenden stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Frau Biedefeld als zweite Stellvertreterin des Vorsitzenden des Zwischenausschusses gewählt. Frau Biedefeld, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich nehme die Wahl an!)

Ich bedanke mich. Ich gratuliere Ihnen und darf Sie bitten, sitzen zu bleiben. Das ist nicht schulisch zu interpretieren.

Damit ist die Konstituierung des Zwischenausschusses abgeschlossen.

Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

#### **Information des Bayerischen Landtags über die Beteiligung des Freistaates Bayern am Rettungspaket für die Banken durch die Bundesregierung und mögliche Auswirkungen auf den Haushalt des Freistaates Bayern sowie Meinungsbildung des Landtags hierzu**

Und hierzu folgende Anträge:

**Antrag der Abg. Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD) Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte (Drs. 15/11384 Z)**

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzmarktstabilisierungsgesetz (Drs. 15/11385 Z)**

**Antrag der Abg. Georg Schmid, Franz Pschierer, Otto Zeitler u. a. u. Frakt. (CSU) Finanzmarktstabilisierung (Drs. 15/11386 Z)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Ministerpräsidenten Dr. Beckstein das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein:** Herr Vorsitzender des Zwischenausschusses, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für gut und richtig, dass der Präsident des Bayerischen Landtags den Zwischenausschuss einberufen hat, denn die Frage des Gesetzes zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds kann Auswirkungen auf den Freistaat Bayern in einer außerordentli-

chen Höhe haben, sodass es geboten ist, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Die Finanzkrise hat in den letzten Tagen einen neuen Höhepunkt erreicht. Wir haben am 28. September in Bayern die Meldungen bezüglich der Probleme der Hypo Real Estate erhalten. In den letzten Tagen der vergangenen Woche ist der Handel zwischen den Banken wegen der Vertrauenskrise fast zum Erliegen gekommen.

In dieser Situation hat die Bundesregierung das Gesetz zur Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds beschlossen. Der Gesetzgebungsprozess durch Bundestag und Bundesrat soll morgen bereits abgeschlossen sein. Das heißt, wir befinden uns unter einem extremen Zeitdruck. Das ist auch der Grund dafür, dass die Sitzung heute durchgeführt wird – zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Vielzahl von Fragen noch offen sind.

Dass das Finanzsystem einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unserer Volkswirtschaft und damit auch hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung in Bayern leistet, ist offensichtlich. Das Finanzsystem stellt den Zugang von Bürgern und Unternehmern zu Krediten sicher. Ein funktionsfähiges Finanzsystem ist gerade auch für mittelständische Unternehmen besonders wichtig. Der Finanzkreislauf ist der Blutkreislauf unserer Wirtschaft.

Wir erleben derzeit eine Vertrauenskrise an den internationalen Finanzmärkten. Die Stabilität des Finanzsystems und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit in unserem Land erfordern ein entschlossenes Eingreifen des Staates zur Stabilisierung der Märkte und zur Wiederherstellung verloren gegangenen Vertrauens. Wir müssen diese Herausforderungen bewältigen. Der Staat gibt jetzt Sicherheit, damit der Blutkreislauf der Wirtschaft ohne Stockungen zirkulieren kann. Das dient Arbeitnehmern wie Unternehmern und schafft Vertrauen und Stabilität. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung fügt sich in europäische und internationale Bemühungen zur Behebung der Krise ein. Diese Krise kann nur gemeinsam bewältigt werden – gemeinsam mit den Partnern in Europa und in der Welt. Doch aus Gründen der internationalen Abstimmung ist eine zügige Verabschiedung dieses 470-Milliarden-Euro schweren Rettungspaketes wichtig.

Natürlich darf es staatliche Garantien und Kapitalausstattung nur geben, wenn die Banken zu Ihrer Verantwortung stehen und auch Gegenleistungen erbringen. Für den Fall der Rekapitalisierung von Banken gehören dazu eine Begrenzung der Managergehälter sowie Vorgaben hinsichtlich der

Dividenden und der Geschäftspolitik, aber auch hinsichtlich der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung deutlich gesagt: Es gibt keine Leistung ohne Gegenleistung.

Ich will deutlich herausstellen, dass Bayern das Maßnahmenpaket grundsätzlich begrüßt. Wir sind uns unserer gesamtstaatlichen Verantwortung bewusst und auch dazu bereit, einen Anteil zu übernehmen. Das kann aber nicht in der Weise geschehen, dass uns über die Medien mitgeteilt wird, welche Anteile wir zu übernehmen haben, ohne dass es irgendwelche Informations- und Mitwirkungsrechte gibt. Es war deswegen richtig, dass wir – sowohl der bayerische Finanzminister als auch ich und auch der designierte Ministerpräsident; wir haben uns in dieser Frage selbstverständlich abgestimmt – gesagt haben: Es kann nicht richtig sein, dass uns eine Lastenteilung diktiert wird, wie sie in § 13 des Gesetzentwurfs vorgesehen ist, ohne dass irgendwelche Informations-, Beteiligungs- oder Mitwirkungsrechte der Länder gegeben wären. Dabei ist auch erkennbar, in welchem Umfang die Haftung im einzelnen eintritt. Wir haben den Grundsatz: Wer zahlt, schafft an. Das bedeutet, wer zahlen soll, muss auch Mitwirkungsrechte haben.

Außerdem wird im Moment eine massive Doppelbelastung Bayerns erwogen. § 13 Absatz 2 des Gesetzentwurfs, der in der Ersten Lesung durch den Bundestag gegangen ist, sieht eine Lastenteilung von 65 Prozent zu 35 Prozent vor. Das bedeutet, dass die Länder 35 Prozent zu übernehmen haben. Daneben ist in § 13 Absatz 3 vorgesehen, dass die Lastentragung der nach Landesrecht errichteten Unternehmen vorab den jeweiligen Ländern zugewiesen wird. Das bedeutet, dass die Lastentragung für Einrichtungen wie zum Beispiel Sparkassen, nicht nur für die Landesbanken, sondern auch für die Versicherungskammer Bayern oder auch für die Versorgungskammer Bayern, also für Einrichtungen, bei denen wir überhaupt keine Einwirkungsrechte oder -möglichkeiten haben, trotzdem vorab auf das jeweilige Land übertragen wird. Hierzu gibt es erheblichen Erörterungs- und Gesprächsbedarf. Meine Überzeugung ist, dass eine derartige Doppelbelastung – noch dazu in unbegrenzter Höhe – für uns nicht hinnehmbar ist. Deswegen müssen hierzu intensive Verhandlungen erfolgen.

Die Bundeskanzlerin hat für heute Nachmittag drei Uhr die Ministerpräsidenten der Länder zu einem Gespräch eingeladen.

Es gibt nach A und B um 13.30 Uhr ein Vorgespräch. Das ist auch der Grund dafür, dass ich den

Herrn Landtagspräsidenten gebeten habe, die ursprüngliche Einladung für 10.00 Uhr auf 09.00 Uhr vorzuverlegen. Ich bitte um Verständnis, dass ich hier sage, ich muss diese Sitzung um 11.00 Uhr verlassen; denn wenn ich bei der Vorbesprechung nicht dabei bin, ist die Messe gelesen. Jeder weiß, dass bei solchen Gesprächen Vorgespräche von extremer Bedeutung sind. Ich habe mit den meisten Ministerpräsidentenkollegen in den letzten Tagen und Nächten mehrfach telefoniert: Es ist im Moment noch nicht absehbar, in welche Richtung die Meinung der Ministerpräsidenten geht, weil nicht nur rechtstheoretisch richtige Argumente, sondern auch massive Interessen im Spiel sind. Ich möchte das am Beispiel Nordrhein-Westfalens darstellen: Der Kollege Rüttgers fragt, warum das Land Nordrhein-Westfalen 100 % Belastungen aus der WestLB übernehmen solle, wenn es nicht einmal zu einem Viertel Miteigentümer und nach der bisherigen Vorlage keine Möglichkeit vorgesehen sei, wie die Miteigentümer, die Mehrheitseigentümer sind, die Lasten mittragen sollten. Ist es denn gerechtfertigt, dass ein Land, nur weil nach Landesrecht ein Unternehmen gegründet wurde, die Lasten in seinem Haushalt endgültig mittragen soll? Diese Frage ist rechtstheoretisch natürlich wichtig.

Interessant ist übrigens auch die Frage nach Artikel 3 des Grundgesetzes, denn das Grundgesetz geht gerade nicht davon aus, dass ein gemeinsames Interesse automatisch zu einem gemeinsamen Tragen der Kosten führt. Das Grundgesetz sieht vielmehr vor, dass es Kompetenzen gibt und dass in der jeweiligen Kompetenz der Betreffende auch die Kosten tragen muss.

Die Frage der Finanzmarktordnung ist keine Landesaufgabe, sondern Bundesaufgabe; das Bundesamt für die Finanzaufsicht unterliegt ebenso wenig wie die sonstigen Banken-Aufsichten, auch die Bundesbank, dem Land. Deswegen müssen die Gespräche ernsthaft geführt werden mit dem Ziel einer Begrenzung der Belastung der Länder und in Bezug auf die Schaffung von Informations- und Mitwirkungsrechten, sodass wir dann die parlamentarischen Gremien entsprechend einbeziehen können.

Ich kann hier noch nicht viel dazu sagen. Herr Kollege Erwin Huber wird anschließend über die Besprechung der Finanzminister, die in dieser Woche stattgefunden hat, berichten. Aber das Gespräch zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten findet erst heute Nachmittag statt, sodass ich dazu natürlich noch keine Auskunft geben kann.

Ich will allerdings Folgendes ansprechen: Es wird deutlich, dass das ungezügeltere Finanzsystem in den vergangenen Jahren zu diesem Problem geführt hat. Wir sind gerade in Deutschland stolz darauf, dass wir keinen Kapitalismus pur, sondern eine Soziale Marktwirtschaft haben. Die Bedeutung dieser sozialen Rahmenvorgaben wird im Moment auf besondere Weise deutlich. Der Staat ist Hüter einer Ordnung. Deswegen ist es notwendig, dass man im nationalen, aber auch im internationalen Bereich Regelungen schafft, die eine ungezügeltere Finanzwirtschaft, die eine völlig ungeordnete Risikoübernahme ermöglicht, nicht zulassen. Es muss also darum gehen, international, national und natürlich in besonderer Weise auch auf europäischer Ebene Regelungen zu treffen, die einen Rahmen setzen, sodass die Finanzwirtschaft in einer anderen Weise als bisher kontrolliert werden und es nicht passieren kann, dass nahezu grenzenlose Risiken ohne eine entsprechende Überprüfung übernommen werden können. Das Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft ist deswegen dringend auch in die internationale Finanzwirtschaft einzubringen.

Ich füge noch an, dass wir uns natürlich auch dessen bewusst sind, dass die Finanzkrise Auswirkungen auf die reale Wirtschaft hat. Die Wirtschaftsweisen haben die Prognose für das Wirtschaftswachstum für das nächste Jahr dramatisch zurückgenommen. Deutschland steht am Rande einer Rezession – so wurde formuliert –, es wurde ein Wirtschaftswachstum von nur noch 0,2 % prognostiziert. Das wird auch Auswirkungen auf den Haushalt des Freistaats Bayern und die Steuereinnahmen haben. Wir sind uns dessen bewusst.

Trotzdem glaube ich, dass auch die öffentliche Diskussion eindeutig ergeben hat, es ist notwendig, dass wir insgesamt mitwirken und nicht etwa eine Blockadehaltung einnehmen. Das wäre gerade für ein Land mit der wirtschaftlichen Stärke Bayerns völlig unverantwortlich. Wir werden also das Gesetz nicht blockieren, sondern ihm letztlich zustimmen. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass auch die Interessen des Freistaats Bayern in einer fairen Weise gewahrt werden, und dazu sind jetzt Veränderungen dringend notwendig. Dies soll heute Nachmittag auf den Weg gebracht werden. Ich hoffe, dass wir hier erst bei den Ministerpräsidenten zu einer einheitlichen Haltung kommen und dass dann auch seitens der Bundesregierung ein entsprechendes Entgegenkommen erfolgt. Anschließend soll heute Abend im Bundestag das Gesetz nach der Zweiten und Dritten Lesung verabschiedet werden, um es morgen im Bundesrat verabschieden zu können. Wir sind also im Moment in einem äußerst dynamischen Prozess. Da

ist es gut, wenn auch die Diskussionen des Landtags eingebracht werden können.

Wir leben in einer schwierigen Zeit. Ich verhehle nicht, dass ich mir nicht vorgestellt habe, dass die wohl wichtigste Entscheidung, die ich zu treffen habe, ausgerechnet in die letzten Tage meiner Amtsführung fällt. Aber man kann sich Unwetter, Katastrophen und weltwirtschaftliche Verwerfungen nicht heraussuchen. Es ist notwendig, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden, und das werden wir tun, und zwar sowohl durch Zustimmung zu den gesamtwirtschaftlich notwendigen Maßnahmen als auch durch die Wahrnehmung der Interessen des Freistaats Bayern. Ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Bevor ich Herrn Staatsminister Huber, der ebenfalls um das Wort gebeten hat, für die Staatsregierung das Wort erteile, darf ich im Ehrengastbereich Herrn Landtagspräsidenten Glück recht herzlich begrüßen.

Herr Landtagspräsident, wir freuen uns, dass Sie unter Ihren Argusaugen den Zwischenausschuss agieren lassen. Sie haben sich sehr wohl zwischen FDP und Freien Wählern platziert. Das macht einen ganz guten Eindruck.

Herr Staatsminister Huber, bitte schön.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Väter und Mütter der Bayerischen Verfassung haben insofern sehr klug gehandelt, als sie auch für die Zeit zwischen den Legislaturperioden ein parlamentarisches Gremium eingerichtet haben, das bei Entscheidungen von besonderer Tragweite natürlich informiert wird und darüber beraten kann.

Ich bedanke mich dafür, dass ich die Gelegenheit habe, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und des Hilfspaketes, speziell auch für Bayern darzustellen. Der Ministerpräsident hat die Ursachen kurz skizziert – sie sind Ihnen bekannt –; denn wir beschäftigen uns auch in diesem Hause seit längerer Zeit mit den Auswirkungen dieser internationalen Krise auf unser Land, auch auf Deutschland.

Es ist in den letzten Tagen des Öfteren geschrieben worden, die Krise sei mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar. Ich glaube, einen solchen Vergleich muss man heute realistischerweise Gott sei Dank nicht ziehen. Es ist nicht so, dass eine Massenarbeitslosigkeit ungeahnten

Ausmaßes vor der Tür stünde, und zwar auch deshalb, weil jetzt rechtzeitig – international abgestimmt – Staaten handeln, anders als es vor 80 Jahren der Fall war. Möglicherweise hatte man seinerzeit nicht die Möglichkeiten zu handeln. Das heißt, das Handeln, das jetzt auf europäischer Ebene eingeleitet wird und in vielen europäischen Staaten zu ähnlichen Beschlüssen und Hilfsmaßnahmen führt – so auch in Deutschland –, dient in besonderer Weise auch der Gefahrenabwehr und der Vermeidung viel schlimmerer Schäden, die eintreten könnten.

Meine Damen und Herren, wir waren sicher schockiert, als wir vor wenigen Wochen gehört haben, dass man in den Vereinigten Staaten von Amerika ein 700-Milliarden-Dollar-Programm auflegt, das dann nach einigen Beratungen verabschiedet wurde – für uns seinerzeit eine unvorstellbare Größenordnung. Heute sind wir bei einer ähnlichen Größenordnung angelangt. Dabei ist es nicht zuerst ein Versagen des deutschen Bankensystems, sondern es ist die internationale Verflechtung, die sich gerade im Finanzsektor darstellt und ergibt. Da sind natürlich auch die deutschen Geschäftsbanken eingebunden und betroffen. Insgesamt möchte ich schon sagen, dass sich das deutsche Bankensystem mit den drei Säulen Private Banken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen in großer Zahl durchaus als sehr widerstandsfähig erwiesen hat. Ich möchte in besonderer Weise die Sparkassen und Genossenschaftsbanken herausheben, wo die Bürger nun doch mit einer relativ sehr großen Sicherheit einen verlässlichen Gesprächspartner und Partner in Finanzgeschäften haben. Ich möchte den Sparkassen und den Genossenschaftsbanken für ihre gute, verlässliche Arbeit ganz eindeutig Anerkennung aussprechen.

Es ist eine andere Situation in Deutschland, weil wir diese Immobilienblase nicht haben. Es ist eine andere Situation, weil wir Gott sei Dank eine hohe Sparquote haben. Die Sparquote in Deutschland liegt bei 12 oder 13 %. Man sieht, die Bürger in Deutschland handeln und entscheiden vorausblickend. Die Sparquote in den Vereinigten Staaten von Amerika liegt bei etwa null Prozent

(Franz Maget (SPD): Minus!)

– oder gar Minus. Der Wohlstand dort beruht auf der Credit Card. Da sieht man, dass es gerade in schwierigen Zeiten keine verlässliche Basis ist. So geht auch ein Großteil der Schwierigkeiten, die wir heute haben, von dort aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer solchen Situation, wo sich Marktversagen zeigt, ist der Staat gefordert. Das ist für uns ein Ausfluss der

Verantwortung des Staates in der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind nie davon ausgegangen, dass wir eine Laisser-Faire-Wirtschaftsordnung haben, sondern der Staat muss auch in der Marktwirtschaft einen verlässlichen Orientierungsrahmen vorgeben, und der Staat muss in einer solchen Not- und Krisensituation handeln.

Ich sehe, dass in den Anträgen, die dem Ausschuss vorliegen, von allen drei Fraktionen prinzipiell dieses Hilfspaket bejaht wird. Das sollte auch das Signal sein. Die Staatsregierung hat heute Vormittag in einer Sitzung deutlich gemacht, dass wir im Bundesrat diesem Hilfspaket insgesamt zustimmen werden. Es ist richtig angelegt und es ist notwendig, dass man schnell und zügig handelt. Es gab möglicherweise in der Geschichte der Bundesrepublik kein Gesetzgebungsverfahren, das in so wenigen Tagen durchgeführt wurde. Dass es gelingt, im Bundestag und im Bundesrat dies in wenigen Tagen zu machen, ist auch ein Beweis der Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie, meine Damen und Herren. Das sollte man auch denen sagen, die glauben, die Wirtschaftsordnung oder gar die Demokratie wäre nicht in der Lage, mit solchen einmaligen Situationen fertig zu werden.

Sie kennen das Hilfspaket. Ich möchte es nur in Schlagworten darstellen. Wichtig ist einmal eine neue Bilanzierungsvorschrift, die nicht prozyklisch wirkt. Es besteht über den Fonds und Garantien die Möglichkeit, dass die Banken eine Refinanzierung bekommen, um den Interbankenhandel im Geldbereich wieder zu aktivieren. Und es ist die Möglichkeit der Rekapitalisierung gegeben, das heißt der zeitweisen Beteiligung des Fonds an Banken und Finanzinstituten, und die Möglichkeit, Problemaktiva dort einzubringen.

Diese Leistung, meine Damen und Herren, ist nicht gegeben, um Versagen von Banken auszugleichen. Diese Leistungen erfolgen gegen Gegenleistung. Garantien und Bürgschaften müssen mit entsprechenden Gegenleistungen versehen sein. Das heißt, der Fonds wird ein entsprechendes Entgelt verlangen. Bei Beteiligungen wird es erhebliche Auflagen und Umstrukturierungen geben. Insgesamt, meine ich, sollte man herausstellen: Das ist nicht eine Leistung, um Managerversagen im Bankenbereich auszugleichen, sondern es ist im Interesse aller Menschen, insbesondere der Sparer und des Mittelstandes, dass der Staat hier handelt, meine Damen und Herren. Natürlich muss das Ganze ergänzt werden um nationale und internationale Regelungen im Bereich von Kontrolle und Aufsicht, Transparenz und Risikohinterlegung. Das wird sicherlich eine Thematik sein, die uns weiter beschäftigen wird.

Ich möchte zu den Anträgen von SPD und GRÜNEN sagen, dass dazu eine Reihe von Hinweisen gegeben sind. Ob das in einer solchen Sitzung hinreichend und belastbar beraten werden kann, ist eine andere Frage. Das Thema wird sicherlich auf der Tagesordnung bleiben.

Meine Damen und Herren, die Frage, die Sie und uns in besonderer Weise beschäftigt, ist die Beteiligung der Länder an der Finanzierung dieses Hilfspaketes. Dazu muss ich zuerst sagen, auch aus unserer Bewertung ist das zunächst die Zuständigkeit des Bundes. Der Bund ist zuständig für das gesamte Wirtschaftsrecht. Er ist auch für das Kreditrecht, für die Geldpolitik und natürlich auch für die Bankenaufsicht zuständig. Deshalb ergibt sich logischerweise aus dem Grundgesetz hier das Handeln des Bundes.

Das Hilfspaket sieht vor, dass die Länder in mehrfacher Hinsicht – leider ohne Beteiligungsrechte – mitfinanzieren sollen.

Dazu möchte ich zunächst sagen, wir hätten erwartet, dass uns der Bund früher informiert. Wir haben am Montagmittag einen ersten Entwurf für dieses Gesetz bekommen. Es ist dann am Nachmittag des Montags ein zweiter Entwurf nachgekommen. Dieser zweite Entwurf hat in besonderer Weise diese Belastung der Länder vorgesehen. Ich meine, es wäre ein Gebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Föderalismus, dass man die Länder darüber früher informiert und beteiligt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist vielleicht von uns zusammen an Berlin die Adresse und Forderung zu richten, dass man auch bei schnellem Handeln, auch wenn es international abgestimmt werden muss, möglicherweise auch am Sonntag oder in der Nacht, Möglichkeiten nutzen sollte, die Länder zu beteiligen und einzubinden, noch dazu angesichts der Doppelbelastung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): War der Glos nicht da?)

– Der ist Bundesminister.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben! In Berlin!)

Es geht um die Beteiligung der Länder. Ich verstehe das eigentlich nicht: Wenn wir ja sagen zum Föderalismus, dann sollten die Länder durch ihre Verfassungsorgane beteiligt sein.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Gesetz sieht jetzt eine Doppelbelastung der Länder vor: Einmal in § 13 Absatz 3 die Zurechnung der Belastungen, die sich aus Landesbanken und Sparkassen ergeben, wobei möglicherweise eine Neuformulierung kommt – der Bundesfinanzminister hat das angedeutet –, wo die Sparkassenseite in die Belastung der Länder nicht einbezogen ist, und mit einer Quote von 35 % die Belastung der Länder bei der Abrechnung des Fonds. Der Bundesfinanzminister hat am Dienstagmittag die Länderfinanzminister informiert. Die Länderfinanzminister haben bei unterschiedlichen Positionen, die man bei 16 Ländern selbstverständlich hat, in einem übereingestimmt: dass eine Doppelbelastung nicht in Frage kommen kann. Der Bundesfinanzminister hat allerdings darauf verwiesen, das sei eine Vorlage der Bundesregierung, die er nicht zu ändern beabsichtigt.

Deshalb findet heute Nachmittag das Treffen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin statt. Es wäre günstig, wenn der Zwischenausschuss auch unserem Ministerpräsidenten dabei Rücken deckung geben würde, eine günstigere, für die Länder erträgliche Regelung herauszuhandeln.

Ich möchte die Auswirkungen auf den Staatshaushalt kurz darstellen. Der Bund geht davon aus, dass in den Jahren 2008 und 2009 keine haushaltsummittelbaren Wirkungen bestehen. Das heißt, zuerst wird der Fond über Schulden gespeist und später abgerechnet. Diese Abwicklung kann frühestens im Jahr 2010 beginnen. Sie könnte sich auch bis zum Jahr 2013, 2014 hinziehen, wie der Bundesfinanzminister öffentlich erklärt hat.

Das heißt also, wir haben für das laufende und für das nächste Jahr mit Haushaltsbelastungen nicht zu rechnen. Allerdings kann niemand für die Zeit nachher Haushaltsbelastungen ausschließen. Leider ist es auch nicht möglich, sie zu schätzen. Der Bund geht davon aus, dass er von den 400 Milliarden 5 % für Risiken vorsehen muss. Das wären 20 Milliarden. Wenn man unterstellt, dass die Quote der Länder 35 % beträgt, wären sie mit 7 Milliarden beteiligt. Nach dem vorgesehenen Schlüssel, der sich nach dem Einwohneranteil und dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt bemisst, entfielen auf den Freistaat Bayern nach der jetzigen Modellrechnung 1,16 Milliarden. Ich bitte, dabei nicht von einer Schätzung, sondern von einer Modellrechnung auszugehen. Das ist eine hohe Summe. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Alternative für den Freistaat Bayern sehr viel teurer würde, wenn das Hilfspaket unterbliebe oder nicht greifen würde. Deshalb darf sich ein Land bei dieser Feuerwehraktion nicht ausschließen. Die Gesamtheit der Länder wird dies sicher auch nicht tun. Unabhängig davon müssen wir aber unsere

solide Haushaltspolitik auch unter schwierigeren Bedingungen fortsetzen.

Ich möchte auch gleich auf die Fragen eingehen, die sich aus den Anträgen ergeben. Zunächst zu den Auswirkungen auf die Bayerische Landesbank. Ich habe gestern mit den verantwortlichen Leuten der Bayerischen Landesbank gesprochen. Heute kann noch nicht gesagt werden, ob und in welchem Umfang die Bayerische Landesbank von dem Hilfspaket profitieren wird, denn die Rechtsvorschriften über die genannten Instrumentarien liegen noch nicht vor. Für eine Prüfung muss man aber auch die Bedingungen kennen.

Eines scheint klar zu sein: Die geänderten Bilanzierungsvorschriften werden sich positiv auswirken. Die unmittelbare Abschreibung über die Gewinn- und Verlustrechnung und über Neubewertungsrücklagen wird nach den neuen Bilanzierungsvorschriften geringer ausfallen. Die jetzigen Bilanzierungsvorschriften wirken sehr prozyklisch. Sie gehen vom Prinzip extremer Vorsicht aus. Wenn vorübergehend kein Markt vorhanden wäre, müssten diese Beträge voll abgeschrieben werden. Es wird sich zeigen, ob sich die neuen Vorschriften eher an der Realität orientieren. Eines ist aber auch völlig klar: Die Landesbank wird ihr Geschäftsmodell auch unter den sich heute darstellenden Bedingungen weiter entwickeln müssen.

Zur aktuellen Lage der Landesbank im ersten Halbjahr 2008. Im operativen Geschäft hat sich die Landesbank gut geschlagen. Sie hat allerdings aufgrund der internationalen Entwicklungen eine Marktwertminderung von 2,6 Milliarden zum 30. Juni 2008 ausgewiesen. Davon entfielen 1,4 Milliarden auf Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung. Für das dritte Quartal liegt jetzt natürlich noch keine Rechnung vor. Sie muss nach den neuen Bilanzierungsvorschriften auch neu erstellt werden. Die Bank wird so schnell wie möglich diese Zahlen vorlegen.

Völlig klar ist, dass die strategischen Optionen für die Zukunft der Landesbank ganz generell breit angelegt sein müssen. Ich habe dem Bayerischen Landtag des Öfteren dargestellt, dass die Staatsregierung bereit ist, alle möglichen Optionen zu prüfen. Diese Optionen gehen hin zu einer Teilprivatisierung; auch Fusionen und Abschirmungsregelungen bei der Europäischen Union sind möglich. Unter den gegebenen Umständen müssen wir alle Maßnahmen in Erwägung ziehen und prüfen. Dazu gehört auch eine mögliche Kapitalerhöhung, für die im bayerischen Staatshaushalt eine grundsätzliche Genehmigung vorgesehen wäre. Selbstverständlich werden solche Entscheidungen aber nur auf der Grundlage der aktuellen Zahlen und



nach einer Übersicht über die Aussichten zu treffen sein. Die Bayerische Landesbank wird also auch in ihren Organen – nächste Woche im Verwaltungsrat – über die neue Situation aufgrund des Hilfsprogramms des Bundes beraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ebenso wie der Ministerpräsident auch mit einem Ausblick auf die Konjunktur abschließen. Natürlich haben die Finanzmärkte unmittelbare Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Kreditversorgung, die Kreditpreise, die Sicherheit der Kredite und auch das Konsumverhalten der Menschen wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Die Menschen treffen in diesen Wochen die Entscheidung, ob sie zur Vorsicht mehr sparen, oder ob sie sich im Weihnachtsgeschäft manche Wünsche erfüllen. Genau dies wird auf die wirtschaftlichen Aktivitäten unmittelbare Auswirkungen haben.

Die Wachstumsprognosen, die der Ministerpräsident dargestellt hat, werden in diesen Tagen bereits deutlich reduziert und korrigiert. Die Forschungsinstitute haben nach einem Wachstum von 1,8 % in diesem Jahr für das Jahr 2009 ein Wachstum von 0,2 % prognostiziert. Die Bundesregierung wird ihre Prognose heute bekanntgeben. Ich habe mit dem Bundeswirtschaftsminister darüber gesprochen. Ich nehme an, dass die Prognose der Bundesregierung in einer ähnlichen Größenordnung angesiedelt sein wird wie die Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Die Prognosen für die Beschäftigung in den Jahren 2008 und 2009 sind unabhängig davon erstaunlich positiv. Nach den Aussagen der Bundesagentur für Arbeit ist die Beschäftigungsprognose positiv und entspricht dem Stand von 2008. Abgesehen davon kann man konjunkturelle Entwicklungen über einen längeren Zeitraum natürlich nicht vorhersehen.

Das Gleiche gilt auch für die Steuereinnahmen. Man kann davon ausgehen, dass sich ein Wirtschaftswachstum von 1 % mit 350 bis 400 Millionen auf die Steuereinnahmen des Freistaates auswirken wird. Wenn es zu einer deutlichen Abkühlung der wirtschaftlichen Aktivitäten kommt, wird sich dies auch auf die Einnahmen des Freistaates Bayern auswirken. Dennoch meine ich, dass wir am Kurs einer soliden Haushaltspolitik festhalten und eine sinnvolle, verlässliche und dauerhafte Investitionsquote aufrecht erhalten sollen. Auch von den öffentlichen Händen dürfen keine prozyklischen, den Abschwung verstärkenden Impulse ausgehen. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass wir vor größeren Herausforderungen in der Haushaltspolitik stehen werden als in den letzten Jahren.

(Beifall bei der CSU)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Nächster Redner ist Herr Kollege Maget.

**Franz Maget (SPD):** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident und der Herr Finanzminister haben begrüßt, dass diese heutige Sitzung des Zwischenausschusses einberufen wurde und stattfinden kann. Deshalb möchte ich zunächst ohne jede Schärfe, aber doch mit Nachdruck feststellen, dass es leider erst eines Antrages der SPD bedurfte, damit wir dieses Thema auf die heutige Tagesordnung setzen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte das für äußerst bedauerlich, denn morgen wird im Bundesrat eine Entscheidung getroffen werden, die in ihrer Tragweite und Dimension sicherlich bedeutsam und einmalig sein und auch für den Freistaat Bayern unbekannte Auswirkungen haben wird. Ich bin der Meinung, dass eine solche Entscheidung zwingend der Information und der Einbeziehung des Parlaments bedarf. Herr Beckstein und Herr Huber haben hier von Partnerschaft zwischen Bund und Ländern gesprochen und diese sowie auch die Transparenz zwischen Bund und Ländern und die Beteiligung der Länder eingefordert. Dies gilt aber auch für das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Leider haben Sie bis zum heutigen Tag eine solche Einbeziehung der Fraktionen vermissen lassen. Das war schon bei der Landesbank so, und das ist bis zum heutigen Tag so geblieben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie im Vorfeld einer solchen Entscheidung von sich aus auf das Parlament zugegangen wären und die Fraktionen informiert hätten, sodass es nicht eines solchen Antrags bedurft hätte.

(Beifall bei der SPD – Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie lernen nichts dazu!)

Leider ist das so. Ich hoffe, dass Sie das wenigstens in Zukunft verändern und verbessern werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, jedem ist bewusst, dass wir uns in einer hochdramatischen Situation befinden, die möglicherweise, zumindest in den letzten Jahrzehnten, ohne Beispiel gewesen ist. Es droht der Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems mit unabsehbaren Folgen für die Realökonomie und die wirtschaftliche Entwicklung, mit der Gefahr von Re-

zession und Arbeitsplatzverlusten, mit der Gefährdung von sozialen Sicherungssystemen und Auswirkungen auf die Dritte Welt. Diese gewaltige ökonomische Krise muss abgewehrt werden. Deshalb halten wir es ebenfalls für gut und für richtig, von dieser heutigen Sitzung ein ganz klares Signal auszusenden. Dieses Signal kann nur heißen: Der Bayerische Landtag begrüßt das Rettungspaket der Bundesregierung und unterstützt es, weil es zwingend notwendig und geboten ist.

Ebenso geht es aber darum, eine politische Krise in unserem Land anzusprechen und abzuwehren. Meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht: Nicht jeder Bürger und nicht jede Bürgerin ist von der Notwendigkeit dieses Rettungspakets überzeugt und damit einverstanden. Nicht jeder Bürger unterstützt die staatlichen Maßnahmen in dieser Situation; denn viele Menschen im Land fragen sich, warum eigentlich der Staat einspringen soll für Fehler, die die Banken und die Finanzwelt in den letzten Jahren begangen haben. Ich glaube, dass wir hier deutliche Worte dafür finden müssen, was in den letzten Jahren im weltweiten Finanzkapitalismus stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre ein Fehler, wenn wir diese Dinge verschweigen würden, weil die Menschen das alles gesehen, gelesen und erkannt haben. Warum – so fragen sich viele – wird eigentlich heute geholfen, obwohl sich die Banker und Finanzdienstleister in den letzten Jahren wie in einem Selbstbedienungsladen aufgeführt haben. Sie haben auf alle anderen – auch auf die Politik – herrisch herabgeblickt, als wüssten nur sie, wie die Ökonomie funktioniert und als wären wir, die immer die politische Regulierung der Märkte gefordert haben, die Deppen der Nation.

(Beifall bei der SPD)

Hier haben Entwicklungen und Fehlentwicklungen von einer Arroganz und Hybris Platz gegriffen, die die Menschen gespürt haben. Jede Steueroase dieser Welt wurde weidlich ausgenutzt und aufgesucht. Jede Regulierung wurde abgelehnt. Es wurde das hohe Lied der Privatisierung, der Deregulierung und der Liberalisierung gesungen. Den Sparkassen wurde die Gewährträgerhaftung auf Initiative der deutschen Privatbanken genommen. Heute muss der Staat einspringen und genau diese Fehlentwicklung korrigieren. Deshalb fragen sich viele Menschen in diesem Land – wie ich finde, völlig zu Recht –: Muss denn das alles sein?

(Beifall bei der SPD)

Ja, es muss sein. Es darf aber nicht dabei bleiben. Dazu möchte ich noch einige Worte sagen: Die Menschen erinnern sich noch sehr gut an das, was in diesem Selbstbedienungsladen in den letzten Jahren stattgefunden hat. Der „Süddeutschen Zeitung“ entnehme ich, dass die Investmentbanker der Deutschen Bank allein im Jahr 2006 – in einem einzigen Jahr – Bonuszahlungen von 5,6 Milliarden Euro ausgezahlt bekommen haben. 13 500 Investmentbanker der Deutschen Bank bezogen allein im Jahr 2006 Boni in Höhe von 5,6 Milliarden Euro. Jeder Einzelne erhielt 415 000 Euro.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das kann sich Herr Huber nicht vorstellen!)

Meine Damen und Herren, das ist den Menschen in diesem Lande ebenso bekannt wie der Umstand, dass die Vertreter einer belgischen Bank gleich nach Bekanntwerden der staatlichen Rettungsmaßnahmen zu einer Champagnerfete eingeladen haben und es haben krachen lassen. Wer sich das alles vor Augen führt, weiß, dass es ein großes Akzeptanzproblem in unserer parlamentarischen Demokratie gibt. Darauf möchte ich hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben über die Notwendigkeit der ökonomischen Gefahrenabwehr gesprochen. Ich möchte aber eindringlich darauf hinweisen, dass es auch die Notwendigkeit einer politischen Gefahrenabwehr in dieser Situation gibt. Ich möchte keine populistische Stimmung verbreiten. Ich will das Gegenteil. Ich möchte deutlich machen, dass wir den Menschen nicht nur erläutern müssen, was der Inhalt dieses Rettungspakets ist. Wir müssen den Menschen auch deutlich machen, dass es eine Richtung gibt, in die wir jetzt gehen wollen und gehen müssen. Diese Richtung möchte ich kurz skizzieren. Wir müssen mit der ökonomischen Antwort vier Punkte verknüpfen:

Die erste Botschaft lautet: Wir organisieren die Hilfe nicht, um Bankdirektoren und Fonds-Managern aus der Patsche zu helfen, sondern wir organisieren die Gefahrenabwehr, um eine verheerende Wirtschaftskrise abzuwenden. Wir sagen außerdem: Funktionsfähige Banken, die wir erhalten wollen, sind ein wichtiges öffentliches Gut, auch wenn es private Banken sind; denn sie sind wichtig für die Kreditversorgung der Wirtschaft und wichtig für die Erhaltung der Spareinlagen aller Bürgerinnen und Bürger.

Die zweite Botschaft: Deutschland hat eine gute Chance, diese globale Krise besser als andere

Länder zu bewältigen. Hier kann ich mich dem Herrn Finanzminister anschließen. Das liegt daran, dass wir Gott sei Dank nicht allem, was uns aus anglo-amerikanischen Ländern in den letzten Jahren vorgeschlagen wurde, blind gefolgt sind. Gott sei Dank haben wir noch das Drei-Säulen-Modell. Wie sehr wurden die Sparkassenleute von den großen Bankern dieser Welt belächelt und verspottet. Heute müssen wir froh sein, dass wir auf die Sparkassen und Genossenschaftsbanken bauen können. Es wäre gut gewesen, wenn Sie auch die Bayerische Landesbank in den letzten Jahren auf solide Geschäfte beschränkt

(Beifall bei der SPD)

und die Landesbanker nicht auf das rutschige internationale Parkett geschickt hätten, wo sie auch einmal große Banker dieser Welt sein wollten. Wir haben gesehen, dass man auf diesem rutschigen Parkett sehr schnell ausrutschen kann. Da loben wir uns doch die Solidität der Sparkassen, die heute besser als alle anderen dastehen und einen wichtigen Beitrag leisten müssen, damit das ganze System überhaupt noch zu halten ist.

(Alexander König (CSU): Welchen Einfluss haben denn die Sparkassen auf die Landesbank?)

– Die Sparkassen haben einen Einfluss auf die Landesbank. Herr Kollege König, ich hätte mir gewünscht – das verschweige ich nicht –, dass die Sparkassen einen etwas intensiveren Versuch unternommen hätten, die Landesbank von diesen Abenteuern abzubringen. Ich sage das jetzt ganz vorsichtig.

Herr Huber hat Recht. Die hohe Sparquote hilft uns ebenfalls. In dieser Welt gibt es Volkswirtschaften mit einer Sparquote, deren Saldo im Minus liegt, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Ganze Volkswirtschaften haben auf Pump gelebt. Wir haben das Gott sei Dank nicht getan. Wir haben auch keine Immobilienblase. Auch das hilft uns.

Eine dritte Botschaft, die wir unbedingt aussenden müssen: Wir müssen deutlich machen, dass jetzt das Ende der Politik einer grenzenlosen Entfesselung der Marktkräfte gekommen ist. Wir müssen deutlich machen, dass auch die Politik in Europa Fehler gemacht hat. Wir haben nicht so viele Fehler wie andere Länder begangen, aber auch wir haben Fehler gemacht.

Die angloamerikanische Philosophie des Neoliberalismus ist zusammengebrochen. Sie ist gescheitert, und sie schafft jetzt Raum und Möglichkeit, endlich ein europäisches Sozial- und Gesell-

schaftsmodell zu entwickeln, das aber bitte schön auch Abstand nimmt von dem – Herr Huber, da möchte ich Sie direkt ansprechen –, was zum Beispiel in den Leipziger Beschlüssen der CDU vor einigen Jahren drinstand und was Inhalt des Wahlprogramms der Union bei der letzten Bundestagswahl war. Wir als Sozialdemokraten haben uns auch ein Stück weit in diese Richtung drängen lassen. Ich sage Ihnen aber heute: Die Zeit ist reif dafür, um darüber zu sprechen, dass wir mehr Regulierung der Finanzmärkte brauchen und dass der Weg in immer weitere Privatisierungen und Deregulierungen schlichtweg ein Irrweg ist, für den wir bitter bezahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Punkt, auch das müssen wir den Menschen in diesem Land ganz deutlich machen: Das, was Sie, Herr Beckstein und Herr Huber, gesagt haben, geht mir nicht weit genug. Wir müssen den Menschen sagen: Es darf kein „Weiter so!“ geben nach dem Motto: Jetzt ist Hilfe unabdingbar, jetzt muss der Staat etwas tun – jawohl, so weit sind wir beisammen –, aber wenn die Krise 'rum ist, machen wir so weiter wie bisher. Ich fürchte, dass viele Menschen in der Banken- und Finanzwelt so denken. Deswegen müssen wir ganz klarmachen, dass das, was jetzt schon in dem Rettungspaket an Auflagen vorhanden ist, die gegeben werden, wenn von den Garantien Gebrauch gemacht wird –

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist aber der Knackpunkt!)

– Ja, das ist richtig, da steht schon manches drin; es gibt Auflagen für diejenigen, die Garantien in Anspruch nehmen will, in Richtung Bonuszahlungen, Dividendenausschüttung und Managergehälter.

(Engelbert Kupka (CSU): Wenn Gebrauch gemacht wird!)

– Es ist wichtig, dass das drinsteht. Lesen Sie bitte in unserem Antrag: Es gibt auch noch notwendige Schritte, die über das hinaus zwingend notwendig sind, was im jetzigen Rettungspaket schon richtigerweise verankert ist. Ich nenne nur einige ganz wenige; das ist im dritten Punkt unseres Antrags ausführlich dargestellt: stärkere nationale und internationale Kontrollmechanismen, Bilanzierungsregeln, die sicherstellen, dass auch die Risiken – und zwar alle – in der Bilanz erkennbar sind und sich nicht außerhalb der Bilanz abspielen, Regeln, dass jedes Risiko auch angemessen mit Eigenkapital unterlegt sein muss, Einführung eines Finanzdienstleistungs-TÜV, wie wir das nennen, der prüft,

welche Produkte auf dem Finanzmarkt eigentlich angeboten werden dürfen und welche nicht. Ich halte es für richtig, dass diese ominösen Leerverkäufe nicht mehr angeboten und durchgeführt werden können. Weitere Punkte sind Austrocknen der Steueroasen, Aufbau einer eigenen europäischen und öffentlichen Rating-Agentur und noch folgender wichtiger Punkt: Ich bin auch dafür, eine Initiative zur Wiedereinführung der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung bei unseren kommunalen Sparkassen zu ergreifen.

(Engelbert Kupka (CSU): Da müssen Sie nach Brüssel gehen!)

Ich weiß nicht, wie Erfolg versprechend das ist, aber ich fände eine solche Initiative aller Mühen wert. Die Deutsche Bundesregierung hat bereits damals versucht und auch erreicht, zumindest eine Zwischenlösung zustande zu bringen. Deswegen glaube ich, dass jetzt die Zeit dafür da ist, die Gewährträgerhaftung für die Sparkassen wieder einzuführen. Das wäre ein Gewinn.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir diese vier Botschaften mit dem konkreten Rettungspaket verbinden, dann kann aus der jetzigen ökonomischen Krise auch eine politische Chance für uns werden.

Lassen Sie mich noch einige Gedanken zum Thema der Beteiligung der Länder anfügen. Wir sind der Meinung – und ich glaube, da stimmen wir überein –, dass es sich bei diesem großen Rettungspaket um eine nationale Kraftanstrengung handelt, die vom Bund und von den Ländern gemeinsam bewältigt werden muss. Am morgigen Freitag kann es nur eine einzige Entscheidung geben, nämlich dass dieses Rettungspaket zustande kommt, und zwar gemeinsam.

Das heißt nicht – und da unterstützen wir Sie gerne –, dass man heute und morgen nicht darüber verhandeln und reden muss, wie sich die Beteiligung der Länder denn darstellt. Ich sehe keinen Automatismus, und ich finde, ehrlich gesagt, auch keine Rechtsgrundlage für diese 35 %. In Artikel 109 des Grundgesetzes, in dem auch die Beteiligung der Länder bei europäischen Strafzahlungen und so weiter geregelt wird, stehen 35 % drin. Das kann aber hier wohl keine Anwendung finden. Also halte ich es für völlig in Ordnung, dass sich die Landesbank hier in Verhandlungen mit dem Bund begibt und versucht, hier eine tragfähige Lösung auszuhandeln, aber bitte mit dem erklärten Ziel, dass niemals infrage gestellt werden darf, dass am Ende eine Einigung stehen muss. Sie haben das zwar nicht getan, aber man muss solche Signale

vermeiden, weil sie eine verheerende Wirkung haben könnten.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einige Bemerkungen zur Landesbank: Auch beim Thema Landesbank haben Sie es in den letzten Jahren an Transparenz und Information fehlen lassen, was Sie, so glaube ich, mittlerweile auch selbst wissen. Was Sie hier im Parlament vorgebracht haben, war leider nicht immer ganz ehrlich. Mehrfach haben Sie zum Beispiel hier wörtlich behauptet – die Protokolle liegen vor –, es bestehe überhaupt keine Notwendigkeit für zusätzliche Kapitalmaßnahmen der Eigentümer bei der Bayerischen Landesbank. Diesen Bedarf wird es geben; nur über die Höhe können Sie noch keine Aussagen treffen.

(Zuruf von der SPD: Wollen!)

– Können oder wollen. Das wird auf jeden Fall notwendig werden. Ich darf Sie herzlich darum bitten, dass die neue Regierung in Zukunft auch an dieser Stelle mehr Ehrlichkeit, Transparenz und Partnerschaft mit dem Parlament walten lässt.

(Beifall bei der SPD)

Nur so können Sie die dramatische Vertrauenskrise der Landesbank noch bekämpfen und bewältigen, nur so! Sie müssen so schnell wie möglich die Karten auf den Tisch legen und deutlich machen: Erstens. Wie hoch ist der Kapitalbedarf der Landesbank, der durch den Freistaat Bayern zu decken ist? Zweitens. Wie stellt sich der Restrukturierungsbedarf dar, den die Landesbank zweifellos vor sich herschiebt? Der Wahlkampf ist vorbei. Niemand muss jetzt mehr Angst davor haben, die Karten auf den Tisch zu legen. Man kann jetzt sagen, was aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung auf die Landesbank zukommt, welche Restrukturierungsmaßnahmen unvermeidbar und zwingend erforderlich sind. Drittens müssen Sie deutlich machen: Welches Geschäftsmodell, welche neue Positionierung der Landesbank streben Sie denn an? Sie sagen, da sei alles möglich. Wir wissen auch, dass alles möglich ist. Sie sind aber der Verantwortliche für diese Bank.

(Zuruf von der SPD: Noch!)

Sie dürfen jetzt, nachdem Sie die Bayerische Landesbank in die Krise getrieben haben, nicht die Verantwortung dafür an der Garderobe der kommunalen Sparkassen abgeben. Das kann nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in der Vergangenheit die Politik der Landesbank bestimmt, und Sie müssen jetzt auch sagen, welche neue Richtung die Landesbank einschlagen muss.

Ein allerletzter Punkt, meine Damen und Herren, den der Finanzminister schon kurz angesprochen hat: Bereits in wenigen Wochen müssen wir uns mit der Aufstellung des Staatshaushaltes für die Jahre 2009 und 2010 befassen. Darin werden sich all diese Risiken darstellen lassen müssen, sowohl die im Rettungspaket wie auch die bei der Bayerischen Landesbank. Ich bitte trotzdem jetzt schon, darauf zu achten, dass von der Haushaltspolitik des Freistaates Bayern keine Gefährdung der konjunkturellen Entwicklung ausgeht. Sie haben es kurz angesprochen. Deswegen drängen wir darauf, dass Investitionen im Freistaat Bayern und in unseren Kommunen genau jetzt nicht gedrosselt, nicht zurückgeführt werden, sondern, wo immer möglich, sogar ausgeweitet werden. Wir halten eine starke Investitionspolitik auch im Freistaat Bayern für zwingend erforderlich, um hier einer Rezession und dem Arbeitsplatzverlust auch durch die Länderhaushalte und die kommunale Investitionstätigkeit entgegenzuwirken. Bitte beherzigen Sie das. Das muss das Signal aus dem Haushalt sein. Man sollte also jetzt nicht Risiken einstellen und die Investitionen dann zurückfahren, sondern im Gegenteil: Jetzt Gas geben und mit Investitionen für eine starke Volkswirtschaft kämpfen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit; ich freue mich auf weitere Debatten zu diesem Thema.

(Beifall bei der SPD)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Herzlichen Dank, Herr Kollege Maget. Der nächste Redner ist Herr Kollege Schmid. Bitte schön.

**Georg Schmid (CSU):** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen sind tief verunsichert. Wir spüren das bei vielen Begegnungen. Ob es die Bürgerin mit dem kleinen Sparbuch ist oder ein mittelständischer Unternehmer – sie alle treibt die Sorge um, wie sich diese Krise der Finanzmärkte auf ihr persönliches Leben, auf ihr Unternehmen, auf die Prosperität ihres Unternehmens auswirken wird. Die Menschen müssen, glaube ich, spüren, dass wir uns mit diesen Sorgen befassen und beschäftigen. Deswegen ist es richtig, dass sich heute das Kabinett mit dieser Frage in besonderer Weise beschäftigt hat und dass auch wir uns in diesem Parlament mit dieser Frage auseinandersetzen.

Die zentrale Botschaft lautet: Ja, wir brauchen dieses Rettungspaket, und wir stehen alle gemein-

sam in einer enormen Verantwortung. Wir werden in den nächsten beiden Tagen wahrnehmen können, dass dieses Paket deshalb beschlossen wird, weil wir uns der gemeinsamen Verantwortung bewusst sind. Aber es geht auch darum – dazu werde ich nachher noch einige Bemerkungen machen –, dass es nicht sein kann, dass wir in einer so entscheidenden Lage alles abnicken, was uns vorgelegt wird. Deswegen ist es wichtig, dass gerade bei der Frage der finanziellen Beteiligung des Freistaates Bayern unser Ministerpräsident mit der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung verhandelt, um die Lasten für unser Land tragbar zu machen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass die internationale Gemeinschaft entschlossen, aber auch besonnen gehandelt hat und dass wir jetzt in der Bundesrepublik unseren Beitrag dazu einbringen und leisten.

Dieses Rettungspaket muss etwas leisten, was in dieser Situation zwingend notwendig und geboten ist, nämlich verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen und wieder herzustellen, die Finanzmärkte und die Volkswirtschaften wieder zu stabilisieren. Wenn das nicht geschehen würde, würde sich diese Vertrauenskrise in einer Art Lawine fortsetzen und zu noch größeren Schäden führen. Deswegen ist es zwingend notwendig und geboten, dieses Rettungspaket jetzt auf den Weg zu bringen. Es ist ein richtiges Signal zur richtigen Zeit und daher zu begrüßen.

Dabei geht es nicht darum, einzelne Banken und verantwortliche Banker schadlos zu halten. Würde es um das Wohl der Manager und der Finanzkonzerne gehen, hielte sich mein Mitleid in engen Grenzen. Aber wir haben eine wesentlich schwierigere Situation: Es geht letztlich um die Zukunft unseres Landes. Es geht um die einzelne Bürgerin, um den einzelnen Bürger, die massiv betroffen sein könnten, die sich jedenfalls intensiv betroffen fühlen. Die Vertrauenskrise, die wir auf den Finanzmärkten haben, hat sich in den Köpfen der Menschen sehr wohl festgesetzt. Wie viele Anrufe gehen bei den Banken momentan ein? Wie viele Menschen haben Sorge, ob ihre Sparguthaben noch sicher sind? Wie viele Menschen sind in Sorge um ihre persönliche Zukunft? Die Sorge treibt sie um, ob das noch sicher ist, womit sie für die kommenden Jahre vorsorgen wollten. Die Sorge treibt natürlich auch die Unternehmer, insbesondere die mittelständischen Unternehmer um: Bekomme ich weitere Kredite? Wie geht es mit meinem Unternehmen weiter? Wie geht es mit meinen Beschäftigten weiter? – Deswegen brauchen wir diesen Akt der Vertrauensbildung. Durch den Rettungspakt wird das Vertrauen wieder hergestellt; jedenfalls ist er ein entscheidender Punkt, um das

Vertrauen in die Finanzmärkte wieder zu stabilisieren.

Genau an dieser Stelle tritt etwas ein, was wir uns bisher gar nicht haben vorstellen können. In den vergangenen Jahren haben wir über den Rückzug des Staates diskutiert: Es wurde gesagt, der Staat solle sich aus diesen Entscheidungen heraushalten – „das macht schon der Markt“. Wir müssen heute gemeinsam konstatieren, dass es ohne das engagierte Einschreiten des Staates nicht geht, das Vertrauen wieder herzustellen, ja umgekehrt, dass es sogar geboten ist, dass der Staat sich engagiert. Der Vater Staat ist noch einmal gefordert.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was lernen wir daraus? – Franz Josef Pschierer (CSU): Was Sie meinen, hat damit gar nichts zu tun!)

In dieser Krise schlüpft der Staat wieder in seine Rolle als Hüter des Gemeinwohls.

Herr Kollege Maget, Sie haben soeben gesagt, wir müssten wieder über die Anstaltslast und über die Gewährträgerhaftung reden. Das war keine Initiative unsererseits, sie abzuschaffen, sondern das war eine Debatte auf europäischer Ebene und weltweit, auch eine gesellschaftliche Diskussion.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja!)

In diesem Rahmen haben wir gesagt: Staat, zieh dich zurück, das kannst du nicht, überlass es den Märkten.

(Franz Maget (SPD): Das war der Fehler!)

Das war immer gut und wohlbegründet, wie ich sehe, wenn ich noch einmal nachlese, dass nämlich die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung nach den europäischen Rechtsgrundlagen gar nicht mehr möglich sind. Wir müssen vielmehr dann darüber reden, auch europäisches und internationales Recht zu verändern, nicht nur an dieser Stelle.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das war falsch!  
– Franz Maget (SPD): Aber lernen wir halt daraus!)

Hier möchte ich noch etwas einfügen: Es war natürlich auch so, dass die Menschen – ich sage das ganz bewusst – durch die Finanzmarktangebote und die vermeintlichen Chancen auf Gewinne, die sie gesehen haben, bisweilen auch den Verstand verloren haben.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Auch das soll nicht vergessen sein. Wenn wir über die Verantwortung des Staates im Sinne des Gemeinwohls sprechen, müssen wir auch über die Verantwortung des Einzelnen diskutieren dürfen. Wie viele Menschen haben die Angebote, die ihnen gemacht wurden, mit glänzenden Augen und dem Blick auf viele Dollars und Euros angenommen und gesagt: Mir reicht es nicht; ich bin mit den zwei oder drei Prozent Zinsen bei meiner Sparkasse oder der Raiffeisenbank nicht zufrieden; vielmehr ist man auch bewusst in dieses Risiko hineingegangen. Die Stimmung wurde also bewusst von beiden Seiten angeheizt und das Risiko wurde bewusst von beiden Seiten akzeptiert.

Das, was der Bundesfinanzminister gestern gesagt hat, stimmt: Wenn es auf den Finanzmärkten brennt, muss gelöscht werden, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass wir die Brandstifter zur Verantwortung ziehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es auch gar keinen Dissens. Hier geht es um die Investmentbanker, die Berater, die Händler und auch – das sage ich dazu, weil Sie sie angesprochen haben – die Rating-Agenturen. Wir haben das bei der Landesbank erfahren. Sie haben soeben noch einmal den Vorwurf gegenüber der BaFin, der Bundesbank, den Rating-Agenturen erhoben. Ich war damals dabei und habe diese Fragen gestellt. Alles wurde positiv dargestellt: Da sind Rating-Agenturen für viel und teures Geld über all die Bilanzen gegangen und haben am Schluss konstatiert und festgestellt: Alles bestens, alles in Ordnung – auch im Fall der Landesbank. Wenn man diese Vorwürfe erhebt, muss man also auch wissen, in welcher Gesamtkonstellation wir uns damals befunden haben. Wir müssen da alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausnutzen

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– ich sage das ganz ausdrücklich – auch in den Fragen des Schadensersatzes und der Rechtfertigung der steuerlichen Behandlung von Abfindungen.

All diese Dinge müssen wir unter die Lupe nehmen. Wir sagen, als Partei des Rechtes und der Ordnung dürfen wir nicht Halt machen vor denen, die hier ganz besondere Verantwortung tragen. Auch diejenigen, die in den Glaspalästen gesessen sind und sitzen, tragen konkrete Verantwor-

tung, und aus dieser Verantwortung dürfen sie nicht entlassen werden.

Es ist richtig, wir müssen dann, wenn wir jetzt vonseiten des Staates Begleitung und Hilfe leisten, diese Hilfe an entsprechende Konditionen binden. Es kann nicht so sein, dass in der Situation der Krise der Staat, um Vertrauen wiederherzustellen, zur Seite springt und denjenigen, die dieses Geld erhalten, keine Konditionen setzt. Es muss klar und deutlich formuliert werden, dass dies nur unter bestimmten Bedingungen geschehen kann. Diese Bedingungen wurden bereits aufgenommen und betreffen das Management, die geschäftspolitische Ausrichtung und die Vergütung derjenigen, die das Ganze an die Wand gefahren haben.

Aber auch ein zweiter Schritt muss folgen: Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden, und es muss für einen besseren Brandschutz geworben werden. Es ist richtig, die jetzigen Bilanzierungsregelungen reichen nicht aus. Die Vereinbarung Basel II, die uns auch vonseiten der Vereinigten Staaten aufgedrängt wurde, wird in den Vereinigten Staaten bei Weitem nicht eingehalten. Wir haben uns in diesem Parlament des Öfteren mit diesen Fragen beschäftigt. Das, was von uns gefordert und verlangt wurde, wird an anderer Stelle nicht eingehalten. Wir spüren aber, dass sich das nicht trennen lässt, sondern dass diese Märkte international sind. Deswegen müssen alle die Konditionen einhalten, die wir gemeinsam formuliert haben.

Die Lastenverteilung ist bereits angesprochen worden. Ich bin der Meinung, dass das, so wie es jetzt abgelaufen ist – ich sage das ausdrücklich als Vertreter der CSU-Fraktion hier im bayerischen Parlament –, nicht akzeptiert werden kann. Wir kennen die Regelungen des Grundgesetzes. Sie sind klar und eindeutig formuliert. Das Recht der Wirtschaft und damit die Bankenaufsicht liegt nach den grundgesetzlichen Vorschriften beim Bund und nicht bei den Ländern. Es gibt auch keine gesetzliche Grundlage im Grundgesetz für eine Beteiligung des Freistaates Bayern an dieser Stelle. Das heißt, dass all die Beiträge, die wir an dieser Stelle zu leisten haben, Leistungen sind, die wir im Einvernehmen mit dem Bund erbringen – im Einvernehmen angesichts der Krise, vor der wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen muss man aber auch mit demjenigen reden, der bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen. Das Dialogmanagement war in dieser Woche jedenfalls nicht so, wie wir uns das in diesem Parlament gemeinsam vorgestellt haben. Deswegen hoffe ich, dass es heute Nachmittag zu guten Ergebnissen kommt; denn es darf nicht sein,

dass wir eine Doppelbelastung zu tragen haben aus dem Gesamtfonds und aus den Belastungen durch die Landesbank. Wir hoffen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, dass es heute Nachmittag zu Vereinbarungen kommt, die für dieses Land tragbar sind; denn die Bedingungen, die heute Nachmittag formuliert werden, werden sich auswirken.

Der Finanzminister hat eben heruntergerechnet, welche Beträge hier möglicherweise in Frage kommen. Wenn es dabei bliebe, dann würde ich sagen, das sind Belastungen, die wir gemeinsam tragen können. Ich glaube aber aus der Erfahrung der letzten Wochen heraus, dass wir nicht sicher sein können, dass es bei diesen Beträgen bleibt. Es muss hier hart verhandelt werden, weil davon auch massiv die Situation des Haushaltes im Freistaat Bayern abhängig ist. Das, was wir uns an Programm gegeben haben und in den nächsten Wochen geben werden, hängt eng damit zusammen, wie die Belastungen aussehen werden. Deswegen ist es wichtig, dass wir hart mit dem Bund verhandeln. Wenn ich an andere Länder denke, kann ich mir angesichts deren Verschuldung kaum vorstellen, wie das dort funktionieren soll. Es muss also ein gutes und vernünftiges Gesamtpaket sein, das ein verantwortbares Maß der Belastung für den Freistaat Bayern vorsieht.

Ja, es ist richtig, ein „Weiter so“ darf es nicht geben, zumal wir wissen, dass uns die Auswirkungen auf die reale Wirtschaft erst noch bevorstehen. Diese Belastungen sind noch gar nicht Realität. Wir haben gerade gehört, dass uns die Wirtschaftsforschungsinstitute die ersten neuen reduzierten Daten geben und dass wir heute aus dem Wirtschaftsministerium neue Prognosen bekommen werden. Ich bin froh, und wir können dankbar sein, dass der Arbeitsmarkt in dieser Stabilität noch steht in diesem und hoffentlich auch im kommenden Jahr. Aber die Auswirkungen einer solchen Krise beschränken sich nicht auf ein oder zwei Jahre, sondern wir werden diese Auswirkungen über das Jahr 2009 hinaus in besonderer Weise spüren.

Herr Kollege Maget, ich darf noch einmal aufgreifen, was Sie am Schluss Ihrer Ausführungen gesagt haben: Welche Konsequenzen in der Zukunft muss das haben? – Ja, über diese Konsequenzen muss gesprochen werden, auch in dieser Situation: Dass der Turbokapitalismus nicht die soziale Marktwirtschaft ist, die in unserem Grundgesetz steht, sondern dass sich rücksichtslose Raffgier mit unserer Marktwirtschaft nicht rechtfertigen lässt; auch dass wir wieder mehr Verantwortung in den Chefetagen brauchen. Jeder, der mit Bankmitarbeiterinnen und -mitarbeitern spricht, weiß, wo-

von ich rede. Da wird Druck ausgeübt, all die Dinge an den Mann zu bringen, von denen man nicht bis ins Letzte überzeugt ist.

Die unrealistischen Renditeerwartungen sollten sich wieder am gesunden Menschenverstand messen lassen. Dann kehren wir wieder zu dem Maß zurück, das vernünftig und verantwortbar ist. Profit muss wieder auf einer Ebene mit einem fairen Miteinander stehen. Ich glaube, wenn diese einfachen Grundregeln eingehalten werden, kommen wir wieder auf das vernünftige Maß zurück. Wir hatten es verlassen. In dieser schwierigen Situation muss der Staat mit einem Gesamtpaket eingreifen, aber wir können darüber hinaus nicht zur Tagesordnung übergehen. Soziale Marktwirtschaft heißt auch Verantwortung für unsere Finanzmärkte. Dazu müssen wir zurückkehren. Ich bitte Sie sehr herzlich, unserem Entschließungsantrag die Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Herzlichen Dank, Herr Kollege Schmid. Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Dürr. Bitte schön.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir alle noch einmal Gelegenheit, die alten politischen Verhältnisse in Bayern in ihrer ganzen Pracht zu betrachten. Wir diskutieren heute auch, wenn es um die Landesbank geht, über die Folgen dieser Verhältnisse. Es war höchste Zeit, dass die Wählerinnen und Wähler in Bayern Bewegung in die politische Landschaft gebracht haben. Wir GRÜNEN freuen uns auf die neuen Möglichkeiten und die neue Offenheit. Wir werden unsere Chancen zum Wohle Bayerns nutzen.

Kolleginnen und Kollegen, die schwere weltweite Finanzmarktkrise erfordert – das ist schon mehrfach gesagt worden – weltweite Anstrengungen. Kein wichtiges Land kann oder will sich dem entziehen. Deshalb war es unausweichlich, dass auch die europäischen Länder koordiniert ihren Beitrag leisten. Das war offenbar auch das richtige Signal; denn zumindest scheint es so, als sei der Trend zum völligen Zusammenbruch der Weltwirtschaft gestoppt. Aber, Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat mit Recht darauf gedrungen, dass die Ausgestaltung der koordinierten Maßnahmen den einzelnen Staaten überlassen bleibt, und das gleiche Recht nehmen wir hier für uns in Anspruch, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen in Deutschland geht.

Um es klar zu sagen: Der Vorschlag der Bundesregierung muss nachgebessert werden. Dabei geht es nicht nur um die Frage, in welcher Form die Bundesländer mithaften und mitzahlen sollen. Dass Bayern in der Mitverantwortung für die Finanzmarktkrise steht, haben wir dem Versagen der Bayerischen Staatsregierung zu verdanken. Denn die Landesbanken und namentlich die BayernLB sind in Deutschland zentrale Mitverursacher der Krise – in Deutschland auf jeden Fall. Sie sind regelrechte Krisenherde. Die Bayerische Landesbank unter Beckstein, Faltlhauser und Huber hat das große Spekulationsrad auf den amerikanischen Hypothekmärkten ganz eifrig und in erheblichem Maße mitgedreht.

Deshalb ist es lächerlich, wenn Huber und die CSU erklären, sie würden zu ihrer Eigentümergeverantwortung stehen. Das müssen sie sowieso, das ist das Mindeste, was man erwarten kann. Schlimmer ist, dass sie dafür auch die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die Sparkassen in Mithaftung nehmen können. Natürlich ist der Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern völlig willkürlich festgesetzt. Das letzte Wort darf hier noch nicht gesprochen sein. Wie Huber, Seehofer und die CSU aber versuchen, sich voreilig vor der Mitfinanzierung drücken zu wollen, das ist vielleicht schon arg kurzsichtig. Wer sagt, Bayern könne nicht beides machen, das Paket mitfinanzieren, und die Lasten des Landesbankdebakels schultern, der geht dem Bundesfinanzminister vielleicht auf den Leim – das könnte doch sein –, denn, wenn sich die Länder aus der Finanzierung stehlen – und alles was man hört, deutet drauf hin, dass sich die Finanzminister der Länder bereits abgesprochen haben, dass alles bereits in trockenen Tüchern ist – dann hat der Bundesfinanzminister eines erreicht: Die Länder müssen alleine für die Debakel der Landesbanken haften. Das kann ein sehr teures Geschäft werden. Nach außen streiten sie sich noch immer um die Länderbeteiligung, nach innen aber ist alles klar. Danach wollen sie die frohe Botschaft verkünden. Doch die frohe Botschaft, die sie inszenieren, kann für uns eine sehr bittere Botschaft werden. Für Bayern kann das richtig teuer werden. Für unseren Haushalt ist es nämlich mit größter Wahrscheinlichkeit günstiger, mit dem Bund und den anderen Ländern für die Belastungen insgesamt einzustehen, denn da weiß niemand, ob sie fällig werden, in welchem Umfang sie fällig werden, als heute schon die sicheren Folgen des Landesbankdebakels in Milliardenhöhe allein zu schultern. Das sollten Sie sich schon noch gründlich überlegen.

Kolleginnen und Kollegen, das Maßnahmenpaket der Bundesregierung soll die Finanzmärkte stabilisieren und negative Auswirkungen für die Real-



wirtschaft vermeiden helfen. Es ist keine Hilfe für Banken, die versagt haben. Es unterscheidet aber auch nicht zwischen Banken, die versagt haben und solchen, die nicht versagt haben. Die Landesbank ist, so wie andere Banken auch, vom Zusammenbruch des Hypothekenmarktes in den USA und von seinen Folgen betroffen. Hier geht es nicht um schuldig, oder nicht schuldig, hier geht es um die Stabilität der Märkte. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, dass die Landesbanken anders als die privaten Banken behandelt werden. Der Bund muss den Landesbanken das gleiche Angebot machen wie den Privatbanken, er muss aber auch dieselben Forderungen stellen. Deshalb lautet die Frage, ob unsere Landesbank, wie vom Bund gefordert, die Gewähr für eine solide und umsichtige Geschäftspolitik bietet. Bisher hat sich die Landesbank nicht gerade durch eine solide und umsichtige Geschäftspolitik ausgezeichnet, dank Fallthauer, Huber und Beckstein. Wir fordern auf jeden Fall die Staatsregierung auf, sich nicht vorschnell von der Mitfinanzierung zu verabschieden, sondern darauf zu dringen, dass die Landesbanken gleichberechtigt einbezogen werden.

Die sogenannte Doppelbelastung der Länder ist nicht der einzige Pferdefuß im Gesetzentwurf der Bundesregierung. Wirklich übel sind Verstöße im Hinblick auf Demokratie und Transparenz und die Verstöße gegen den Grundsatz, keine Leistung ohne Gegenleistung. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist ohne Zweifel notwendig, in seiner jetzigen Ausgestaltung ist es aber nicht zustimmungsfähig. Die Risiken sind für die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen unkalkulierbar, die Chancen auf eine öffentliche Steuerung und auf Mitsprache sind viel zu gering. Es handelt sich um ein eklatantes Demokratiedefizit. In der Umsetzung fehlen jegliche Transparenz und jegliche öffentliche Kontrolle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ganze ist eine ungeheure Blankoermächtigung für den Bundesfinanzminister, ohne Mitsprache des Bundestags, des Bundesrats oder gar durch das bayerische Parlament. Das heißt, wir sollen zahlen, haben aber nichts zu sagen. Das darf wirklich nicht sein. Das sind genau die Defizite, die unsere Bayerische Landesbank in die Krise gebracht haben. Die Art, wie das Paket umgesetzt werden soll, ist ein schwerer Verstoß gegen das Königsrecht des Parlaments: die Budgethoheit. Kein Parlamentarier, der nur ein bisschen was auf sich hält, kann hierzu Ja sagen.

Völlig unzureichend ist auch die staatliche Kontrolle der Banken, die Hilfe in Anspruch nehmen. Es reicht nicht aus, vor der Ausreichung zu sagen:

Das, das und das müssen die Banken machen. Man muss auch Kontrolle und Mitsprache haben. Man muss einen Hebel in der Tür haben. Warum zielen die Stützbeteiligungen vor allem darauf ab, kein Stimmrecht zu haben? – Das ist doch absurd! Wenn wir Geld geben, wollen wir auch Eigentümerrechte, das ist doch selbstverständlich. Es darf keine Beteiligung ohne Mitsprache geben, keine Leistung ohne Gegenleistung. Das Verursacherprinzip darf ebenfalls nicht ausgehebelt werden. Staatliche Hilfe muss wirklich wehtun, sonst fehlt jeglicher Ansporn zur Selbsthilfe. Dann nimmt jeder etwas mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem ist diese Hilfe nur gerechtfertigt, und das wurde auch schon angesprochen, wenn gleichzeitig die Ursachen für das Debakel beseitigt werden, und zwar jetzt sofort, solange sich die Sünder noch reuig geben und die internationale Staatengemeinschaft für Regulierungen sorgt.

Äußerst kritikwürdig ist das chaotische Vorgehen der Bundesregierung. Offensichtlich ist noch nicht einmal klar, ob es sich beim Verteilungsschlüssel um eine grundgesetzwidrige Mischfinanzierung handelt. Hinzu kommt die miserable Abstimmung mit den Ländern. Das wurde bereits angesprochen. Täglich werden neue Widersprüche offenbar. Dieses dilettantische Vorgehen ist unverantwortlich angesichts der Geschwindigkeit, mit der die ganze Sache durchgepeitscht werden soll, vor allem aber angesichts der Summe, um die es geht. Immerhin handelt es sich um 500 Milliarden Euro.

Ein wirklich miserables Bild gibt aber wieder einmal die CSU ab. Der CSU-Landesgruppenchef, Peter Ramsauer, warb im Bundestag um Verständnis für die Forderung Bayerns nach Änderungen. Er hat gesagt, wenn die Bundesländer bereits eine große Last für die Landesbanken auf sich nähmen, dann seien sie bei der finanziellen Beteiligung an dem Paket anders zu behandeln. Das heißt, er präsentiert uns Pfusch als Opfergang und fordert eine Belohnung für Misswirtschaft. Ramsauer wird es in der CSU noch weit bringen. Noch-Finanzminister Huber sagt wiederum, es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, seine Partei früher und intensiver in den Entscheidungsprozess einzubinden. Auch darüber haben sie, Herr Huber, heute wieder geklagt.

Ist denn die CSU nicht mehr in der Bundesregierung?

(Zuruf des Staatsministers Erwin Huber)

– Unseres Wissens war der Gesetzentwurf im Bundeskabinett. War die CSU denn nicht dabei?

Haben CSU-Wirtschaftsminister und der CSU-Landwirtschaftsminister zugestimmt oder waren sie gar nicht dabei? Wo war der designierte CSU-Vorsitzende und der designierte bayerische Ministerpräsident? Er hätte sich doch aus erster Hand nicht nur informieren lassen können, er hätte sogar mitentscheiden können! Uns würde schon interessieren, was er wichtigeres zu tun hatte, als ein Finanzpaket zur Rettung der Finanzmärkte und der Realwirtschaft im Umfang von 500 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Was war denn so viel wichtiger? – Also, Kolleginnen und Kollegen der CSU, es hat keinen Sinn, wenn Sie uns hier das Klagelied Ihrer eigenen politischen Schwäche vorsingen. Das zeigt nur, dass Sie noch immer nicht regierungsfähig sind.

Nun zu unseren Forderungen. Wir fordern die Staatsregierung auf, auf folgende Änderungen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes hinzuwirken.

Erstens. Die Landesbanken müssen wie Privatbanken behandelt werden. Die öffentlich-rechtlichen Banken müssen ebenso wie die anderen Bankengruppen gleichgestellt in den Kreis der Garantienehmer aufgenommen werden, und zwar ohne besondere Vorbedingung.

Zweitens. Der Bund erhält die Mitsprache bei den Banken, die Hilfe in Anspruch nehmen. Die Unterstützung einzelner Institute darf nur erfolgen, wenn die Bundesregierung im Gegenzug Einfluss auf die Geschäftspolitik erhält und Risiken durch Unternehmensanteile oder Teilübernahme gesichert werden.

Drittens. Die Mitsprache der Länderparlamente wird sichergestellt. Eine Beteiligung der Länder muss auch zur Mitsprache der Länder bei der Ausgestaltung und bei der Abwicklung der Maßnahmen führen. Ein Blankoscheck über 500 Milliarden Euro für das Bundesfinanzministerium darf es wirklich nicht geben! Die Parlamente auf Bundes- und Landesebene sind in jeder Phase einzubinden. Das Haushaltsrecht der Parlamente muss in jeder Phase gewahrt sein. Die Kontrollrechte der Parlamente sind zu schärfen, die Berichtspflichten sind zu gewährleisten.

Viertens. Die Finanzmärkte bekommen schnellstmöglich einen neuen Ordnungsrahmen. Die globale Bankenkrise hat ihre Wurzeln in einer unzureichenden Regulierung und Kontrolle, nicht in der Gier. Die Kontrolle fehlt, die Regulierung fehlt. Wenn das Notpaket der Bundesregierung nicht nur kurzfristig sondern nachhaltig Wirkung erzielen soll, müssten deshalb auch schnellstmöglich die strukturellen Konsequenzen aus der Finanzkrise

gezogen werden. Es muss einen neuen Ordnungsrahmen für die Märkte geben.

Das steht alles in unserem Antrag. Wir werden deshalb die Anträge von SPD und CSU ablehnen, weil sie keinerlei Kritik an der undemokratischen Vorgehensweise und am undemokratischen Blankoscheck für den Bundesfinanzminister enthalten. Sie wollen daran scheinbar nichts ändern.

Kolleginnen und Kollegen, die Finanzmarktkrise wird künftig den Haushaltsrahmen der Landespolitik dominieren, soviel ist schon klar. Aber gerade deshalb wäre es ein schwerer wirtschafts- und finanzpolitischer Fehler, die überfälligen Investitionen in Bildung und Klimaschutz zurückzuhalten. Hier müssen wir jetzt dringend handeln.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Erwin Huber und die CSU haben mit dem Landesbankdebakel einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass Bayern große finanzielle Probleme bekommen wird. Der Untersuchungsausschuss zum Debakel der Landesbank war eine erschreckende Bestandsaufnahme zur Lage und zur strategischen Aufstellung der Bank. Die Landesbank ist nach wie vor ohne Eigentümerführung, ohne Kontrolle und ohne Geschäftsmodell. Sie schlingert immer noch wie ein führungsloser Tanker durch internationale Gewässer, und das ist für unser Land höchst gefährlich. Die Bilanzsumme der Landesbank beträgt unvorstellbare 400 Milliarden Euro. Das ist ungefähr zehnmal soviel wie unser Landesetat. Das bedeutet, der Landeshaushalt ist im Ernstfall ein Anhängsel der Landesbank. Darum muss man sich endlich kümmern. Wenn die Landesbank wackelt, wird der Landeshaushalt in seinen Grundfesten erschüttert, das muss doch jedem klar sein.

Wir haben auf alle diese Beschwichtigungen, die wir von der Staatsregierung und von der Bank bekommen haben, immer gewarnt: Es gibt keine Entspannung. Die Krise ist schwerer und dauert länger, als bisher eingestanden wurde. Nun ist es soweit. Wer jetzt noch vom ausgeglichenen Haushalt redet, der macht sich lächerlich. Eine Studie hat schon vor Monaten festgestellt, dass die deutschen Bundesländer höher verschuldet sind als allgemein angenommen; man müsse nämlich auch die staatlichen Garantien und Risikoabschirmungen mit einrechnen. Damit steige die Pro-Kopfverschuldung in Bayern wegen der Landesbank um 10 %. Dabei wird es nicht bleiben. Zu den mittlerweile 5,2 Milliarden Euro Gesamtbelastungen der Landesbank kommen ständig neue. Selbst wenn die Bilanzierungsregelungen jetzt geändert

werden: die Belastungen sind immer noch exorbitant hoch, und sie wachsen; denn bei jeder Bank, die vor dem Zusammenbruch steht, ist die Landesbank involviert: von den Lehman Brothers über die Hypo Real Estate bis Island – überall ist die Landesbank mit dabei, und überall wird sie uns weitere Defizite einfahren. Weitere Belastungen in Milliardenhöhe sind zu befürchten, Herr Kollege.

Allein die Währungsverluste in diesem Jahr sind mit 0,9 Milliarden Euro ungefähr so hoch wie die Gewinne, die die Landesbank mit den ABS-Papieren seit 1993 gemacht hat. Das ist doch abstrus. In diesem Jahr werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Folgen des Debakels wirklich zu spüren bekommen, weil es eben keine Dividende gibt. Das wird die staatlichen Fonds wie den Fonds Hochschule International, den Kulturfonds, den Umweltfonds, den Naturschutzfonds und andere schwer treffen; denn ihre Fördermöglichkeiten hängen jetzt, dank CSU und Staatsregierung, nicht mehr von den Zinsen ihrer Einlagen ab, sondern von den Dividenden der Landesbank. Keine Dividende, keine Förderung, oder der Landeshaushalt, also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen einspringen.

Die Landesbank ist ein Beispiel dafür, wie sehr Huber und die CSU Bayern heruntergewirtschaftet haben. Deshalb ist es unerträglich, dass Huber weiter als Finanzminister im Gespräch ist. In seiner Amtszeit hat die Landesbank drastisch an Wert verloren. Von den einmal geschätzten 9 Milliarden Euro dürfte wenig übrig sein. Er hat bis heute keine Konsequenzen aus dem Debakel gezogen, weder für die Struktur des Verwaltungsrats noch für die Zukunft der Landesbank oder gar für sich selber.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Michael Spence fordert: Rettet man strauchelnde Banken, sollten die Eigner leiden. Wir fordern Konsequenzen für die Vertreter der Eigentümer auch in Bayern. Die FDP hat in den letzten Monaten häufig Hubers Rücktritt gefordert. Jetzt haben Sie die Chance, ihm das Handwerk zu legen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Außerdem muss die neue Staatsregierung endlich die Hausaufgaben machen, vor denen sich die alte bisher gedrückt hat. Sie muss sich endlich um die Zukunft der Landesbank kümmern. Es kann dabei eigentlich nur noch um Schadensbegrenzung gehen.

Wir diskutieren hier die Folgen der Finanzmarktkrise für Bayern. Dabei muss eigentlich jedem klar

sein, dass sich die Geschäftsgrundlage geändert hat. Man kann nicht so tun, als stünden wir noch vor der Krise. Deshalb ist die Suche nach einem privaten Investor oder gar einem Käufer für die Landesbank absurd. Wer soll denn das kaufen? Wer soll denn da einsteigen, wenn nicht der Staat dafür garantiert? Alle Welt fordert eine Teilverstaatlichung, nur die CSU will eine Teilprivatisierung. Und die FDP fordert gar eine sofortige Privatisierung, obwohl es keinen Markt dafür gibt und sich die öffentlichen Aufgaben wie Strukturförderung und die Funktion des Zentralinstituts der Sparkassen gar nicht privatisieren lassen. Ein sofortiger Verkauf wäre absoluter Unsinn.

Jetzt ist es zu spät; das hätte man noch vor einem Jahr machen können. Vor zwei Jahren hätten wir zusammen mit den Sparkassen noch 9 Milliarden Euro dafür bekommen. Damals hätten wir noch Geld dafür bekommen.

(Staatsminister Erwin Huber: Von wem?)

– Die Sparkassen haben zum Beispiel 4,5 Milliarden Euro für die staatlichen Anteile angeboten. Sie wissen es ganz genau, Herr Finanzminister. Hätten Sie damals zugeschlagen, hätten wir 4,5 Milliarden Euro mehr im Landeshaushalt, ganz einfach. Das wissen Sie ganz genau. Sie haben aber Nein gesagt. Dafür sind Sie persönlich verantwortlich. Beckstein und Huber hat Dr. Naser, der Sparkassenpräsident, namentlich genannt. Sie sind diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass man das Verkaufsangebot nicht angenommen hat.

Jetzt müssen wir drauflegen. Wir bekommen keinen Cent. Der künftige Kollege Zeil hat das bereits in der „Wirtschaftswoche“ eingeräumt. Er will einen Fonds gründen, der die Bürgschaft von 2,4 Milliarden Euro übernehmen soll, die bis jetzt beim Staat ist. Das heißt, wir zahlen 2,4 Milliarden Euro drauf. Ich bin gespannt, was wir sonst so bekommen. Wir lehnen eine private Beteiligung bei der BayernLB weiter ab.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber verkaufen wollten Sie sie gerade!)

– Wir nicht. Das lehnen wir gerade ab. Damals wollten wir verkaufen. Wenn wir Geld dafür bekommen würden, würde ich sie heute noch verkaufen. Gib mir 4,5 Milliarden Euro, und ich verkaufe sofort.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das zeigt doch, dass Sie keine Konzeption haben!)

– Natürlich haben wir eine Konzeption, eine realistische. Wartet nur ab.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe Ihnen gerade zugehört!)

– Aber schlecht. Der Einstieg privater Investoren in die BayernLB würde die bisherigen Fehler wie eine unzureichende öffentliche Kontrolle multiplizieren. Wenn ich verkaufen könnte, müsste ich nicht mehr öffentlich kontrollieren. Aber solange der Staat beteiligt ist, braucht man eine öffentliche Kontrolle.

Außerdem würden künftige Verkäufe oder Fusionen mit anderen Landesbanken noch schwieriger oder unmöglich mit dem Privatinvestor. Die speziellen Aufgaben, die der Landesbank im Zusammenhang mit den Sparkassen und den öffentlichen Gebietskörperschaften zufallen, könnten von einer Bank, die mit einer anderen Landesbank, zum Beispiel der LBBW, in Fusion entstanden ist, ohne Qualitätseinbußen und sogar kostengünstiger erfüllt werden. Das sagen die Sachverständigen, und das sagt auch der Sparkassenverband als Miteigentümer. Grundsätzlich begrüßen wir daher Schritte zu einer Fusion mit der LBBW als Vorstufe eines Sparkassenzentralinstituts in Deutschland.

Wir wollen aber im Rahmen dieser Fusion geänderte Strukturen. Wir wollen, erstens, eine Ausgliederung der Strukturpolitik und der Landesbodenkreditanstalt aus der BayernLB und die Übertragung an die LfA.

Wir wollen, zweitens, eine Änderung des Geschäftsmodells, nämlich eine Konzentration der Landesbanken in Deutschland auf ihre Aufgaben als Zentralinstitut der Sparkassen, Girozentrale und ihre Auslandsaktivitäten für deutsche Unternehmen als Ergänzung zu den Sparkassen.

Drittens wollen wir die übrigen Geschäftsbereiche und die Beteiligungen, wie die an der Hypo Group Alpe Adria, verkaufen, sobald es wieder funktionierende Märkte gibt.

Kolleginnen und Kollegen, auch Kollege Schmid hat heute gemerkt: Die Ideologie des Neoliberalismus ist endgültig gescheitert. Die aktuelle Krise ist das Ergebnis unregulierter Finanzmärkte. Diejenigen, die in vielen Jahren kampagnenmäßig und geradezu hysterisch für Deregulierung und weniger Staat eingetreten sind, die uns da unter Druck gesetzt haben, rufen jetzt am lautesten nach Regulierung und staatlichen Interventionen. Schon bei der Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler dem neoliberalen Projekt von Schwarz-Gelb die rote Karte gezeigt. Jetzt hat die bittere Realität die neoliberalen Experimentierer eingeholt. Diese Erfahrung sollten wir uns alle merken; denn das wird uns künftig manche Exzes-

se von Markt- und Wachstumsfetischismus gelassener überstehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Auch Ihnen, Herr Kollege Dürr, herzlichen Dank. Herr Staatsminister Huber, Sie haben um das Wort gebeten. Sie haben es. Bitte schön.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Man schämt sich fast, wenn man Herrn Dürr zuhört, denn wer angesichts einer solchen nationalen Herausforderung in billigste Parteipolemik abgleitet, dem spreche ich die Verantwortung ab.

Das Nein zum nationalen Hilfspaket, das Sie damit zum Ausdruck gebracht haben, indem Sie das Ganze als undemokratisch hingestellt haben, würde für 80 Millionen Menschen im Lande ein nicht kalkulierbares Risiko darstellen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Verhandeln Sie doch nach!)

Wer in einer solchen Situation sagt, es müsse ewig nachverhandelt werden, der unterlässt die Hilfsmaßnahmen. Hier gilt: Nur wer schnell hilft, hilft auch wirklich.

(Beifall bei der CSU)

Was andere europäische Länder schaffen, nämlich in einer Woche ein solches Hilfspaket zu schnüren, muss auch Deutschland schaffen. Wir müssen sehen, dass die Wirksamkeit des amerikanischen Pakets wahrscheinlich zu einem Teil deshalb verlorengegangen ist, weil es im Senat und im Repräsentantenhaus wochenlange Diskussionen gegeben hat. Keiner kann es im Grunde genommen gutheißen, wenn zu einem Zeitpunkt, zu dem die Feuerwehr losfahren muss, vorher darüber gestritten wird, ob die Löschfahrzeuge gewaschen werden müssen. Wer die Feuerwehr losschicken will, der muss den Mut haben, auch rasch zu handeln.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es brennt seit Wochen, und Sie haben seit Wochen nichts getan!)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Herr Kollege Dürr, Sie haben vorhin ausführlich gesprochen. Meine Altersweisheit mahnt mich zur Langmut Ihnen gegenüber!

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Die wird der Kollege nie erreichen.

Ich verteidige im Moment das Handeln des Bundes. Es geht nicht um das Handeln des Freistaates Bayern, sondern es geht um das Handeln des Bundes. Dass in den letzten Wochen bei G 20, bei G 7, bei IWF und beim Europaclub in der Europäischen Union intensivste Beratungen stattgefunden haben, war notwendig. Es war notwendig, eine internationale Abstimmung durchzuführen, und es ist notwendig, dass die europäischen Länder in dieser Woche gemeinsam handeln. Wer an dem vorbeigeht, der schließt nicht nur die Augen vor der Realität, sondern er nimmt nicht kalkulierbare Risiken, bis hin zu einem Zusammenbruch des gesamten Finanzsektors mit gewaltigen Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Kauf. Wer so redet, stellt sich außerhalb der Verantwortung.

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir auf Bundesebene agieren. Ich schliesse aus den Anträgen und Wortmeldungen, dass CSU und SPD die Staatsregierung ermächtigen bzw. sie unterstützen, dem Hilfspaket zuzustimmen. Das haben wir auch vor. Dazu gibt es keine sinnvolle Alternative. Alles andere wäre in den Wirkungen unkalkulierbar, grausam und unzumutbar. Ich möchte auch ausdrücklich hervorheben, dass schon vor mehr als einer Woche die Bundeskanzlerin beim ersten Auftauchen dieser Probleme für die Sparer in Deutschland eine Garantie des Bundes abgegeben hat. Man muss sehen: Damit ist in der Tat eine gewaltige Beruhigung eingetreten. Der von manchen befürchtete Run auf die Banken und Sparkassen ist ausgeblieben. Auch das war ein frühzeitiges, starkes und beeindruckendes Handeln.

Ein „Weiter so!“ kann es in der Tat nicht geben. Das fordert auch keiner. In dieser Hinsicht kämpfen Sie gegen ein Phantom. Ein „Weiter so!“ kann es bei der Finanzkontrolle nicht geben. Das gilt auch hinsichtlich einer international abgestimmten Aufsicht über Banken und Finanzdienstleister, was nicht einfach ist, weil heute über das Internet ein durchgehender Handel rund um die Uhr erfolgt. In dieser Hinsicht muss ich sagen: Aus meiner Sicht hat die Politik in der Vergangenheit in dieser Hinsicht zu wenig unternommen, um eine internationale Abstimmung durchzuführen. Auch das muss man selbstkritisch einräumen. Es handelt sich nicht um das Verschulden anderer, wenn der Staat in seinem Handeln dem Aktionsradius der mehr oder weniger ausufernden zeitlichen, globalen und technischen Möglichkeiten in der Wirtschaft nicht gefolgt ist. Das ist der Mangel. Dass man vielleicht Risiken auch unterschätzt oder nicht wahrgenommen hat und man etwas aufgetürmt hat, will niemand hinsichtlich der Übernahme von Verantwortung und der Ursachenforschung übersehen. Eines ist aber klar: Die Auswüchse dieses Turbokapitalismus haben nicht dazu geführt, dass die interna-

tionale Staatengemeinschaft adäquat gehandelt hätte. Nicht nur deshalb ist jetzt ein Eingreifen des Staates notwendig.

Ich glaube aber, es ist legitim und zulässig, dass die Länder die Frage stellen, ob sie in diesem Ausmaß herangezogen werden können. Das gilt gerade hinsichtlich der Doppelbelastung. Die Doppelbelastung besteht darin, dass einmal die finanziellen Folgen vonseiten der Landesbanken nur den Sitzländern zugewiesen werden. Das stellt eine Diskriminierung der Landesbanken im Vergleich zu anderen Banken dar. Warum fallen denn alle privaten Banken und Finanzinstitute unter den generellen Schirm, der von Bund und Ländern in irgendeiner Form gemeinsam geschultert wird, während der Bund die Landesbank herausnehmen will und erklärt, dafür seien allein die jeweiligen Länder zuständig? Dafür gibt es keinen sachlichen Grund. Dies besteht übrigens völlig unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Wir in Bayern sind zu 50 % beteiligt. In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, wenn von mancher Seite Kritik an der Staatsregierung – auch an mir – geübt wird: Alle wesentlichen Entscheidungen der Landesbank – auch vor meiner Zeit –, alle strategischen Entscheidungen, sind einvernehmlich mit der Sparkassenseite getroffen worden. Wenn jetzt gesagt wird, die kommunalen Sparkassen würden für das Versagen der Landesbank in Anspruch genommen, daher müsse der Staat die Lasten alleine schultern, dann wird übersehen, dass Staat und Sparkasse zu gleichen Teilen Eigentümer der Bank sind und alle weitreichenden strategischen Entscheidungen einvernehmlich getroffen worden sind. Wer miteinander Eigentümer ist, der muss auch miteinander einstehen.

Die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der Landesbank sind in Deutschland sehr unterschiedlich. Manche Länder sind zu 50 % beteiligt, andere zu 35 % und wiederum andere nur zu 10 %. In anderen Ländern sind die Sparkassen noch stärker mit im Boot als bei uns, wie das zum Beispiel in Hessen der Fall ist. Es darf aber nicht gesagt werden, die Länder seien deshalb allein für die Verluste aus den Belastungen der Landesbanken zuständig, weil sie die Gesetze gemacht hätten. Das ist eine einseitige Zuweisung zulasten der Sitzländer, die rechtlich und politisch keine Begründung hat. Deswegen muss dies weg.

Dass wir dann bereit sind mitzuwirken, haben wir von Anfang an deutlich gemacht. Keiner der Redner der CSU – weder Ministerpräsident Beckstein, der schon nach Berlin unterwegs ist, noch ich, noch Horst Seehofer – hat die Zustimmung zu dem Hilfspaket in irgendeiner Weise in Frage gestellt. Wer Länderinteressen vertritt, darf jedoch die Fra-

ge aufwerfen, ob ein Verhältnis von 65 % zu 35 % angemessen ist.

(Zuruf von der CSU: Muss man!)

– Das muss man auch, richtig!

Dieser Verpflichtung sind wir nachgekommen. Es ist gesagt worden, für das Verhältnis von 65 % zu 35 % gebe es keine ökonomische Begründung. Auch der Bundesfinanzminister hat sie uns gegenüber nicht gegeben. Er hat nur auf eine Analogie zu Artikel 109 Absatz 5 des Grundgesetzes hingewiesen. Diese Bestimmung regelt etwas völlig anderes. Sie enthält Sanktionsregelungen, die sich aus Maastricht ergeben. Das hat mit dem vorliegenden Fall überhaupt nichts zu tun. Ich habe den Eindruck, man hat irgendwo im Grundgesetz einen Maßstab für den Ausgleich zwischen Bund und Ländern gesucht und dann ist man beim Lesen des Grundgesetzes auf diese Bestimmung gestoßen, die man nun analog anwenden will. Ein solches Vorgehen darf und muss man hinterfragen. Es ist auch klar: In diesem Gesetzentwurf ist keine Logik vorhanden, denn alle Verordnungen, die notwendig sind, um das Sondervermögen zu verwalten und um Entscheidungen zu treffen, ergehen ausdrücklich ohne Zustimmung des Bundesrates. Das kritisiere ich. Es handelt sich um keinen partnerschaftlichen Umfang in einem föderativen Staat, wenn man fordert, die Länder sollten 35 % einer möglichen Belastung übernehmen, während sie weder am Anfang noch am Schluss noch zu irgendeinem Zeitpunkt etwas zu sagen haben. Wir sollen nur die Augen zumachen und mehr oder weniger die Rechnung bezahlen, die uns der Bund präsentiert. So kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich wundere mich gerade deshalb, weil Bundesfinanzminister Steinbrück einmal Landesfinanzminister und Ministerpräsident war. Man kann sagen, er ist im Mai 2005 abgewählt worden. Aber Steinbrück hat in seiner Verantwortung als Ministerpräsident und Landesminister seinerzeit alles getan. Ich habe ihn im Vermittlungsausschuss erlebt: Er ist auch gegenüber dem Bund als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen aufgetreten.

Es sollte immer auch ein Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme von Bund und Ländern sein. Ich möchte nicht sagen, der Bund wird uns auch wieder einmal brauchen. Wir werden nicht nach dem gleichen Maßstab verfahren, weil es die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf Dauer

infrage stellt und zerstört, wenn man im Befehlston miteinander umgeht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das können Sie sehr gut!)

Deshalb stimme ich zu, dass Sie hier den Auftrag bekommen, im Verhandlungsweg zu einer besseren Regelung zu kommen. Wir stellen uns nicht aus der Verantwortung, obwohl es im Grundgesetz für diese Verantwortung keine Rechtsgrundlage gibt. Nirgendwo steht, dass in einem solchen Fall die Länder verpflichtet sind, mitzuhelfen. Wir gehen über die Rechtsverpflichtung hinaus, weil wir sagen, es ist im nationalen Interesse. Wir können auch sagen: weil natürlich die Länder auch ein Interesse daran haben, dass in ihren Ländern die Finanzwirtschaft aufrechterhalten bleibt und negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft unterbleiben. Da kann man nicht sagen, das geht uns nichts an, wir kümmern uns nur um die regionalen Themen. – Nein, wir haben uns immer dazu bekannt, auch in einer bundespolitischen Verantwortung zu stehen und über den Bundesrat oftmals Regelungen gefordert. Deshalb stehen wir zu dieser Verantwortung.

Herr Maget, ich möchte aber sehr davor warnen, in diesem Zusammenhang von einer politischen Krise zu reden. Das rasche zupackende Handeln des Bundes beweist, dass wir eben keine politische Krise haben.

(Franz Maget (SPD): Gefahrenabwehr!)

Wir sollten durch solche Wörter auch nicht Wasser auf die Mühlen von undemokratischen Kräften lenken.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): „Gefahrenabwehr“, sage ich!)

– „Gefahrenabwehr“, dem stimme ich zu; denn das Ganze ist etwas, das in erster Linie der Gefahrenabwehr dient. Ich meine, es wäre auch falsch – Herr Maget, auch diesen Zungenschlag hatten Sie – zu glauben, dass es dann, wenn man die Banken immer mehr verstaatlicht, so etwas nicht geben darf.

(Franz Maget (SPD): Das Wort „Verstaatlichung“ habe ich nicht gesagt – Regulierung!)

– Nein, das Wort „Verstaatlichung“ haben Sie nicht gesagt. Aber Sie haben deutlich in diese Richtung geredet.

Im Übrigen ist auch die Forderung nach einer Anstaltslast und Gewährträgerhaftung etwas, das den Manager einer Bank im Grunde eher risikofreudig machen kann; denn im Zweifel ist dann einer da, der bezahlen muss.

(Franz Maget (SPD): Das war aber nicht so!)

Ich sage Ihnen auch aus der Erfahrung in Bayern: Die Landesbank hat die hohe Liquidität in einer Zeit angesammelt, in der die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast noch voll gewirkt haben.

(Franz Maget (SPD): Aber die Liquidität, die sie nicht brauchte!)

– Wir müssen uns an den Fakten orientieren, das muss auch für die weiteren Entscheidungen wichtig sein: In der Zeit, in der diese Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung noch voll gewirkt haben, konnten sich diese Institute auf den internationalen Märkten relativ preisgünstig refinanzieren. Sie haben eine hohe Liquidität in Anspruch genommen, weil es im Grunde nach dem ökonomischen Prinzip billiges Geld gab. Es ist oftmals gesagt worden: „Hättet ihr es für den Mittelstand eingesetzt.“

(Franz Maget (SPD): Richtig!)

Natürlich hat man Mittelstandskredite gebraucht. Aber eine solche Nachfrage nach Mittelstandskrediten gab es gar nicht.

(Zuruf von der SPD)

Man hat sich natürlich im Grunde international auf Grund der Gewährträgerhaftung von Triple-A, die damit verbunden war, billig refinanzieren können.

(Franz Maget (SPD): Das haben Sie zugelassen!)

– Kann man denn nicht einmal irgendetwas erklären?

Auf der anderen Seite hat man damit im Grunde Anlagen geschaffen, die sich aus heutiger Sicht als sehr problematisch darstellen. Es kann nicht ausgeblendet werden, dass diese Geschäfte im ABS-Bereich seit 1993 gemacht wurden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Herr Dr. Dürr, das widerlegt Ihre Polemik.

Es war auch bekannt, dass die Landesbank – auch mit Zustimmung der SPD – nach dem Landesbankgesetz als international tätige Geschäftsbank agieren kann. Das steht seit Jahrzehnten in jedem Jahresbericht. Jetzt so zu tun, als wäre man im letzten Jahr von dieser Tatsache überrascht worden, blendet viele Fakten aus.

Ich möchte aber auch auf die Problematik dieser Gewährträgerhaftung hinweisen, die Sie jetzt wieder fordern. Das heißt doch, dass die im Bankbereich Verantwortlichen sagen können: Wenn wir größere Risiken eingehen, ist immer einer da – der Staat oder die Kommunen –, der diese Risiken mehr oder weniger übernimmt.

Ich bin sehr dafür, dass wir die Verantwortung der Manager stärken. Aber dann darf man den Managern keinen doppelten Boden staatlicher Verantwortung oder Zahllast hinstellen, sondern muss man sagen: Wer in dieser Verantwortung ist, muss sich des Risikos voll bewusst sein. Er muss diese Risiken bewerten und ja oder nein sagen, kann aber nicht mehr oder weniger hineingehen und sagen, jetzt machen wir wieder eine Anstaltslast, der Staat und die Kommunen stehen dafür ein. Das ist eine Teilverstaatlichung oder indirekte Verstaatlichung der Banken, die ich nicht befürworten würde.

(Beifall bei der CSU)

Kurz nochmals zur Landesbank, weil Sie mich attackieren: Die Landesbank ist heute ein Konzern. Ich bin im Herbst 2007 – also vor einem Jahr – stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates geworden. Damals war die Landesbank schon ein Konzern mit 19 000 Mitarbeitern, davon mit 4000 Mitarbeitern in München. Angeblich könne das Unternehmen von heute auf morgen in eine etwas größere Sparkasse umgewandelt werden. Sie fordern auch: Reduzierung des Geschäftes auf die Mittelstandsfinanzierung, Reduzierung des Geschäftes auf das, was die Sparkasse macht, vielleicht mit ein bisschen Exportfinanzierung dazu.

(Franz Maget (SPD): Ich habe „Restrukturierung“ gesagt. Das ist unabweisbar!)

– „Restrukturierung“ ist ein schönes Wort. Aber man muss einmal sagen, welche Wirkung sie hat. Wenn Sie heute in einem international tätigen Konzern 19 000 Mitarbeiter beschäftigen und im Wege der Restrukturierung eine etwas größere Sparkasse daraus machen, dann müssten Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbank ehrlicherweise sagen, wie viele ihrer Arbeitsplätze von heute auf morgen verloren gehen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD):  
Ja, sagen Sie es doch!)

Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Deshalb kann eine Veränderung natürlich nur mit dem Ziel angegangen werden, möglichst viele Arbeitsplätze insgesamt, aber auch in München, zu erhalten. Da hilft mir kein theoretisches Modell, sondern stehe ich – auch mit Blick auf die Arbeitsplätze – in der Verantwortung. Deshalb sind leichtfertige und widerliche Reden, die hier gehalten werden, wirklich schädlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe im Februar dieses Jahres – wenige Monate, nachdem ich die Verantwortung übernommen habe – den Sparkassen angeboten, dass sie den ganzen Laden übernehmen können. Dann hat der Sparkassenpräsident Naser gesagt: „Jawohl, morgen können wir in Verkaufsverhandlungen eintreten.“ Was war einen Tag darauf? Die großen Sparkassen München, Nürnberg und andere Sparkassen haben gesagt: „Nein, das wollen wir nicht.“ Auch dies gehört zur Geschichte. Deshalb werden wir gemeinsam – die Sparkassen und wir – diese Landesbank in größter Verantwortung in eine nicht leichte Zukunft führen müssen. Dazu gehören viele Optionen.

Man muss auch wissen, dass dieses Begehren nicht von heute auf morgen entscheidungsfähig ist. Wir sind in Gesprächen mit privaten Instituten, die bereit sind, sich zu beteiligen. Aber man muss die Bedingungen aushandeln. Allein die Bewertung solch großer Unternehmen ist eine Sache, die sich über Monate hinzieht, wobei viele Risiken zu bedenken sind. Auch wenn der Herr Dr. Dürr da eine flotte Rede hält, muss einmal deutlich gesagt werden: Jeder Grundschüler hat mehr ökonomischen Sachverstand als Sie, Herr Dürr.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich möchte abschließend zu dem etwas sagen, was den bayerischen Staatshaushalt betrifft. Das ist einmal die Sorge, dass diese Fonds, die wir in Eigenkapital der Landesbank umgewandelt haben, dazu führen, dass bei einem möglichen Wegfall der Dividende das Geld für die Zwecke nicht da wäre. Diese Sorge haben wir schon genommen. Die Staatsregierung hat erklärt, dass sie dann dafür einstehen wird und die Gelder, die wir für Umweltschutz, Naturschutz und anderes brauchen, zur Verfügung stehen.

Zweitens. Wir haben jetzt in Bayern mit 13,4 % die höchste Investitionsquote der Länder. Das heißt, wir haben auch in diesem Jahr schon dazu beigetragen, den Bereich der Bauwirtschaft zu stabilisieren und Investitionen in einer Höhe zu finanzieren, wie das kein anderes Land kann. Die Sorge, dass wir die konjunkturellen Auswirkungen übersehen würden, braucht keiner zu haben. Wir haben den Ehrgeiz, auch in der Zukunft die höchste Investitionsquote der Länder zu haben. Stabilität, Verlässlichkeit und Kontinuität im Investitionsgebaren ist ein Merkmal dieser Regierung. Das hat auch die CSU-Fraktion bei allen Haushaltsberatungen zum Ausdruck gebracht.

Bayern hätte aber nicht diese Möglichkeiten, wenn wir der Verschuldungspolitik von SPD und GRÜNEN in den letzten Jahren gefolgt wären. Das muss man ganz deutlich sagen. Allein, weil wir 2006 den ausgeglichenen Haushalt eingeführt haben, haben wir viele Millionen Euro an Zinsen erspart. Weil wir das Land mit der insgesamt geringsten Verschuldung sind, haben wir mehr Spielraum für Investitionen und für konjunkturell wirksame Ausgaben als diejenigen, die eine hohe Schuldenlast haben und mehr oder weniger unbeweglich sind.

Ich sage aber auch dazu, es wäre für ganz Deutschland ein Vorteil gewesen, wenn man meinem Vorschlag vom Mai, Steuersenkungen auf den Weg zu bringen, etwas früher gefolgt wäre. Nicht nur öffentliche Investitionen tragen dazu bei, dass der Wirtschaftskreislauf bleibt und vielleicht noch gestärkt wird, sondern wenn die Menschen mehr Netto vom Brutto haben, wenn sich Arbeit lohnt, wenn sich Leistung lohnt, dann ist eine positive konjunkturelle Entwicklung zu erwarten.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich für die Beratungen. Ich danke für die Unterstützung, dass wir Ja sagen zu diesem Hilfspaket, und ich danke auch für die Unterstützung dafür, dass wir in Sachen finanzielle Beteiligung verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst verhandeln, aber insgesamt dazu beitragen, dass am morgigen Freitag der Start dieses Paketes ist. Denn das ist es, was die Menschen in Deutschland jetzt brauchen für mehr Vertrauen und mehr Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zur Information des Plenums: Wir haben im Moment zwei weitere Wortmeldungen, Herrn Dr. Dürr und Herrn Dr. Beyer. Bitte schön, Herr Dr. Dürr.



**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil ich das, was der Herr Finanzminister gesagt hat, nicht einfach so stehen lassen kann. Ich muss die Gemeinsamkeiten, die uns verbinden, schon festhalten.

(Alexander König (CSU): Soll das ein Witz sein?)

Es ist schön, dass wir uns einig sind, dass man das Paket schnellstmöglich, also morgen, auf den Weg bringen muss.

(Staatsminister Erwin Huber: Das haben Sie nicht gesagt!)

– Doch, da sind wir uns einig. Sie wollen es, wir wollen es. Da sind wir uns einig.

Es überrascht mich auch nicht – auch darin sind wir uns einig –, dass die Kritik von uns beiden die Doppelbelastung der Länder betrifft. Auch da sind wir uns einig.

Überraschend ist, dass wir uns einig sind, was die Gewährträgerhaftung angeht. Sie haben es schön ausgeführt, dass die Gewährträgerhaftung mit Ursache für das Debakel der Landesbank ist. Das habe ich an dieser Stelle hier schon einmal zu sagen versucht. Das Problem war, dass sich die Landesbank am Ende der Gewährträgerhaftung einer scharfen Konkurrenz ausgesetzt sah, ohne wirklich darauf vorbereitet gewesen zu sein. Dann haben sie halt für die Übergangszeit noch zu den alten Konditionen günstig Geld aufgenommen. Das haben sie praktisch auf Vorrat eingekauft, ohne konkrete Verwendung für diese günstigen Gelder zu haben, nämlich um für die Zukunft Liquidität zu sichern. Dann war natürlich das Problem: Wohin mit dem Geld? Da hat die Landesbank das Geschäft mit den ABS-Portfolios, das sie schon lange gemacht hat, ausgeweitet. Es war sozusagen eine Art Zwischenlager. Man hat einen Wurstvorrat angelegt. Und der ist bekanntlich verderblich. Dann hat man einen Kühlschrank gesucht, und der Kühlschrank sollten die ABS-Portfolios sein. Und dann ist der Strom ausgefallen. Der Markt ist zusammengebrochen. Das ist das Debakel. Dass man sich einen Wurstvorrat anlegen konnte, dass man Geld gehortet hat, ohne zu wissen, was man damit machen soll, das ist durch die Gewährträgerhaftung möglich geworden. Da ist man leicht an Geld gekommen. Deswegen hat man leichtsinnig Geld ausgegeben. Dahin wollen wir nicht mehr zurück. Darin sind wir uns absolut einig, Herr Minister. Das ist echt erstaunlich.

Der nächste Punkt, der mich überrascht, wie erstaunlich einig wir sind: Wir sind uns natürlich auch einig in dem Punkt – ich bin froh, dass Sie offensichtlich aufmerksam gehört haben, was ich gesagt habe –, wenn es um die Gleichbehandlung der Landesbanken geht. Das ist ein neues Argument. Das haben Sie von mir heute aufgenommen, obwohl mein Sachverstand angeblich nicht einmal dem eines Grundschülers entspricht. So lernfähig sind Sie.

(Engelbert Kupka (CSU): Sehen Sie, wie gut unsere Grundschulen sind!)

Auf dieses tiefe Niveau können Sie sich also herunterbegeben. Das finde ich erstaunlich. Das finde ich auch super. Nur, was mich als neue Einigkeit ein bisschen überrascht hat, dass Sie auch nicht willens sind, alles zu schlucken und abzunicken, was der Bund vorsetzt. Das überrascht mich ein bisschen. Aber auch da sind wir uns einig. Wenn das wirklich Ihr Ernst ist, sind wir uns auch darin einig.

Also wenn wir uns einig sind, dass man über die Finanzierung nachverhandeln kann, wenn das legitim ist, warum soll dann nicht legitim sein, auch über die sonstige Ausgestaltung nachzuverhandeln? Das müssen Sie mir erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum nicht? Sie haben vorhin gesagt, man dürfe doch das Finanzierungsverhältnis in Frage stellen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Man darf das infrage stellen – da zitiere ich Sie –, wenn man Länderinteressen vertritt. Stimmt, da haben Sie vollkommen recht. Aber genauso kann ich doch die fehlende Demokratie und Mitsprache infrage stellen, wenn ich Parlamentarierinteressen vertrete. Das ist doch logisch. Warum soll das anders sein? Gehen Sie also einen Schritt weiter und versuchen Sie, auch da nachzuverhandeln. Das wäre nur konsequent.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Sachsen, die sagen, dass man bei den Verhandlungen erreichen soll, dass auch alle bekannten Risiken bei den Landesbanken solidarisch vom Bund und den Ländern getragen werden sollen. Bringen Sie das also in die Verhandlungen ein. Bringen Sie aber auch unsere Kritik an der demokratischen Ausgestaltung ein.

Der Zeitdruck, den Sie vorhin so rigoros an die Wand gemalt haben, für den ist die Bundesregierung entscheidend mitverantwortlich, die Bundes-

regierung, an der Sie auch mitbeteiligt sind. Es war vor Wochen schon klar, dass gehandelt werden muss. Es wurde in den USA schon diskutiert, wie konkret das Finanzpaket ausgestaltet werden soll, ob diese 700 Milliarden Dollar dort alleine vom Finanzminister ausgegeben werden sollen, ob er die Ermächtigung bekommt oder ob es eine demokratische Mitsprache gibt. Da hat Ihr Bundeswirtschaftsminister immer noch gesagt, dass uns das nichts angeht. Das war die Situation. Hätten Sie damals schon vorbereitet, was wir heute machen müssen, hätten wir den Zeitdruck nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie die USA lehnen wir einen Blankoscheck des Parlaments für den Finanzminister ab. Wir meinen, es muss beides möglich sein: Wirksamkeit, Schnelligkeit des Pakets und Demokratie. Wenn Sie nicht beides hinbekommen, Herr Minister, dann haben Sie versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Herr Kollege Dr. Beyer, bitte schön.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch ein paar ganz kurze Worte, weil hier über die Gewährträgerhaftung so eklatant falsch dahergeredet wurde, dass man das nicht stehen lassen kann.

(Eduard Nöth (CSU): Von wem?)

– Von wem? Sowohl leider vom Herrn Staatsminister als natürlich auch von Herrn Dürr, in dem Fall in völliger Unkenntnis, assistiert.

Herr Staatsminister, Sie haben behauptet, die Gewährträgerhaftung, die Anstaltslast, würde, wie die SPD dafür eintritt, ein Ausdruck dessen sein, dass wir von Verstaatlichung reden. Nun, ich glaube, Sie wissen es doch besser. Was ist denn die Gewährträgerhaftung, die Anstaltslast? Das ist doch nichts anderes als – hier für den öffentlichen Bereich – eine ausgesprochene Selbstverständlichkeit. Wenn ich eine Anstalt einrichte, dann muss ich sie so ausstatten, dass sie arbeitsfähig ist. Das ist Anstaltslast. Gewährträgerhaftung heißt, ich als Eigentümer trage die Gewähr dafür, wenn die Anstalt im Verkehr mit Dritten möglicherweise haftbar ist. Das ist Gewährträgerhaftung. Herr Welnhöfer, da sollten Sie nicht den Kopf schütteln, weil das exakt die Definition ist.

(Peter Welnhöfer (CSU): Sie übersehen die Unterschiede!)

– Jetzt bin ich dran. Das war Staatsrecht, und das Recht der öffentlichen Anstalt sollte auch Herrn Welnhöfer bekannt sein.

(Peter Welnhöfer (CSU): Kein Privater haftet persönlich uneingeschränkt!)

– Hören Sie doch mal zu. Das ist doch genau das Problem, weswegen wir hier sind, weil die Privaten meinen, für manches nicht haften zu müssen, vor allem die privaten Banker. Genau deshalb sind wir hier.

(Beifall des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Es ist heute ein ganz schlechter Zeitpunkt, die Diskussion so zu führen, Herr Welnhöfer.

Halten wir eines fest: Die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sind weggefallen, weil man es unter der Regierung Kohl/Waigel Ende der Achtziger-, Anfang der Neunzigerjahre damals nicht geschafft hat, diese Stütze des deutschen Bankensystems zu erhalten.

Das war das erste Mal, dass wir vor den europäischen Banken und den Manipulationen der Rating-Agenturen eingeknickt sind, Herr Minister. Das sollten wir auch festhalten, wenn wir heute – 18 oder 20 Jahre später – über die Folgen sprechen.

Jetzt sagt der Herr Minister – er hat es etwas klarer gesagt, Herr Dürr hat es weniger klar wiederholt –, die Gewährträgerhaftung habe dazu geführt, dass die Bayerische Landesbank zu viel Geld gehabt habe, mit dem sie dann bei ihren Anlagen Unsinn gemacht habe. Das ist sinngemäß das, was Sie uns weisgemacht haben. Wenn dem so wäre, würde es zweierlei zeigen. Erstens zeigt es, dass andere Banken den Landesbanken das Geld billiger geben, weil die Rating-Agenturen sagen, hinter diesen Banken stehe der Staat und deswegen gebe es ein Triple-A. Deshalb muss man auch darüber reden, ob das so richtig sein kann. Zweitens zeigt es, wie abhängig die Banken von der Einschätzung durch Rating-Agenturen sind und wie abhängig sie sich davon gemacht haben. Bei der zweiten Folge sollen wir ganz logisch bleiben. Wenn sich Banker von Landesbanken, zumal von der Bayerischen Landesbank, offensichtlich ohne Not und ohne Verstand übermäßig mit Geld eindecken, weil sie es billig bekommen, und das Geld dann spekulativ anlegen, weil sie nicht wissen, was sie sonst damit machen sollen, spricht dies doch nicht gegen ein Institut der Gewährträgerhaftung, sondern gegen die Ausnutzung eines solchen Instituts.

(Beifall bei der SPD)

Dies spricht aber sehr stark gegen die Strukturen der Bayerischen Landesbank. Herr Minister, Sie sollten im eigenen Interesse etwas vorsichtiger sein, denn dies sagt auch sehr viel über die mangelhafte Kontrolle der Geschäfte der Landesbank durch ihre Kontrolleure aus. Das ist dazu zu sagen.

Grundsätzlich muss es heißen, dass ich als Eigentümer einer Bank die Verantwortung dafür trage, was die Bank anstellt. Das ist auf die öffentliche Hand übertragen die Gewährträgerhaftung. Deshalb wäre die Wiedereinführung eines solchen Instituts ein Beitrag zur Klarheit auf den Finanzmärkten und zur Ehrlichkeit im Umgang mit denen, die bei diesen Banken Geld einlegen. An die müssen wir auch einmal denken. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung wären also Bausteine eines Systems, das sich von der Spekulation entkoppelt, wenn man dieses System nicht missbraucht und wenn man die Handelnden richtig kontrolliert. Außerdem sind in diesem System die Verantwortlichkeiten und die Einstandspflichten klar geregelt. Mit dem, was heute und morgen auf den Weg gebracht wird, wird genau das Gleiche gemacht. Der Staat tritt jetzt aber sogar für die privaten Banken ein und dafür, was diese angerichtet haben. Der Staat, und nicht die Eigentümer, Herr Welnhof.

Bedenken wir also das Ende. Die Logik heißt, dass wir solche in der Struktur angelegten offenen und ehrlichen Sicherungssysteme brauchen. Dann müssten wir nicht hinterher mit bedeutungsschwangerer nationaler Emphase Rettungspakete schnüren. Das sollten wir aus dieser Krise lernen. Jetzt ist auch Herr Dürr etwas leiser geworden. Manchmal fügen sich die Dinge, wenn man nur lange genug darüber nachdenkt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

**Vorsitzender Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU):** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die mitzubberatenden Anträge. Ich lasse zunächst über den Antrag der SPD auf Drucksache 15/11384 Z abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf

Drucksache 15/11385 Z. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Stimmen der CSU. Stimmenthaltungen? – Die Stimmen der SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Antrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/11386 Z. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen der CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das sind die Stimmen der SPD. Damit ist der Antrag angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Aufgaben hat der Zwischenausschuss der 15. Legislaturperiode nicht zu erledigen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bedauerlicherweise!)

– Das ist sehr richtig! Ich bedanke mich bei Ihnen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dafür, dass Sie heute hier waren. Ich bedanke mich im Besonderen bei meinen beiden Stellvertreterinnen, die dem guten deutschen Sprichwort erneut Nahrung gegeben haben: „Jedes Bild wirkt durch seinen Rahmen.“ Ich schließe die Sitzung.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 11.25 Uhr)